

Bezugspreis:

Werteiljahr 9.- Mtl. monatl. 2.- Mtl. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 2.- Mtl. ggf. Aufstellungsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 Mtl. für das übrige Ausland 10.25 Mtl. bei täglich einmal Zustellung 8.25 Mtl. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit dem Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit“ erscheint wochenttäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die abgetheilten Konzeptspreise betragen 1.20 Mtl. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 50 Hg. (außerhalb 2 fertige Blatt 100 Hg.), jedes weitere Blatt 25 Hg. Siebengröße und Schlaftellenanzeigen das erste Blatt 40 Hg., jedes weitere Blatt 25 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanzeigen 100%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 Mtl. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 5. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54.

Ein neuer Dreiecksvertrag.

Waffenbündnis zum Schutze Frankreichs.

Paris, 4. Juli. In dem von Savas veröffentlichten Garantievertrag zwischen Frankreich, den Vereinigten Staaten und England heißt es:

1. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich. In der Erwägung, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreichs in gleicher Weise von dem Wunsche befeuert sind, den Weltfrieden zu sichern, befürchten die Regierungen der Vereinigten Staaten und der französischen Republik, daß die Bestimmungen über das linke Rheinufer, die im Vertrag von Versailles niedergelegt sind, nicht ausreichen, um Frankreich einerseits, den Signatarmächten des Vertrages andererseits Sicherheit und Schutz zu geben. In Anbetracht dessen sind die Regierungen der Vereinigten Staaten und der französischen Republik gewillt, einen Vertrag einzugehen, dessen Bestimmungen erfüllt werden müssen. Sie haben beschließen, folgendes Abkommen zu schließen:

1. Im Falle, daß die folgenden Bestimmungen über das linke Rheinufer, die in dem mit Deutschland in Versailles am 28. Juni 1919 durch die Vereinigten Staaten, die Regierungen der französischen Republik und des britischen Reiches unterzeichneten Friedensvertrag enthalten sind (Artikel 42 des Friedensvertrages unterlag Deutschland, auf dem linken Rheinufer, sowie auf dem rechten Rheinufer bis zu einer 50 Kilometer östlich des Flusses gelegenen Linie Befestigungen aufrecht zu erhalten oder zu bauen. Es sind ebenfalls in der durch Artikel 42 umschriebenen Zone die Aufrechterhaltung und Ansammlung von bewaffneten Kräften, sei es dauernd oder nur vorübergehend, sowie alle militärischen Manöver, welcher Natur sie auch sein mögen, unterlag. Artikel 44: Im Falle, daß Deutschland in irgendeiner Weise den Bestimmungen der Artikel 42 und 43 zuwiderhandeln würde, wird diese Tatsache als feindlicher Akt gegenüber den Signatarmächten des vorliegenden Vertrages betrachtet werden). Frankreichs Sicherheit und Schutz nicht gewährleisten würden, sind die Vereinigten Staaten von Amerika gehalten, bei jedem nicht provokierten, gegen Frankreich durch Deutschland gerichteten Angriff zu Hilfe zu kommen.

2. Der vorliegende Vertrag wird in analoger Weise abgefaßt, wie derjenige, der zum selben Zeitpunkt und an demselben Orte zwischen der französischen Republik und Großbritannien abgeschlossen wurde. Der Vertrag, dessen Bestimmungen beigefügt werden, wird erst im Augenblick der Ratifizierung in Kraft treten.

3. Der vorliegende Vertrag wird dem Rat des Völkerbundes vorgelegt und von ihm, der im Bedarfsfalle mit Mehrheit beschließen wird, als eine mit dem Völkerbund-Abkommen übereinstimmende Verpflichtung anerkannt werden müssen. Der Vertrag wird in Kraft bleiben, bis der Rat auf Verlangen einer Partei, wenn nötig mit Mehrheit, beschließt, daß der Völkerbund selbst genügenden Schutz gewährt.

4. Der vorliegende Vertrag wird vor der Ratifizierung der französischen Kammer zur Genehmigung vorgelegt werden. Er wird dem Senat der Vereinigten Staaten zur gleichen Zeit wie der Versailles Vertrag zur Ratifizierung unterbreitet werden. Die Ratifizierungsurkunden werden bei der Einbringung in Paris ausgetauscht werden. Die diesbezüglichen Bevollmächtigten, für die französische Republik Clemenceau und Bichon, für die Vereinigten Staaten Wilson und Lansing, haben die vorstehenden Bestimmungen, die in französischer und englischer Sprache abgefaßt sind, unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

gez.: Clemenceau, Wilson, Bichon, Lansing.

Hindenburg stellt sich den Alliierten.

Eintreten des Marschalls für den ehemaligen Kaiser.

Berlin, 4. Juli. Generalfeldmarschall von Hindenburg richtete anlässlich seines Rücktritts an den Reichspräsidenten folgende Dräkung: Herr Reichspräsident! Die Unterzeichnung des Friedensvertrages gibt mir zu folgender Erklärung Veranlassung: Für alle Anordnungen und Handlungen der Obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1918 trage ich die alleinige Verantwortung; auch sind alle mit der Kriegsführung zusammenhängenden Entschlüsse und Befehle Seiner Majestät des Kaisers und Königs seit diesem Tage auf meinen ausdrücklichen Rat und unter meiner vollen Verantwortung gefaßt und erlassen worden. Ich bitte, diese Erklärung zur Kenntnis des deutschen Volkes und der alliierten Regierungen zu bringen.

gez. von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Ratifikation des Friedens Mitte nächster Woche.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Weimar: Der Friedensvertrag wird der Nationalversammlung Mitte nächster Woche zur Ratifikation unterbreitet werden.

Internationale Kundgebungen am 21. Juli.

Paris, 4. Juli. (Reuters.) Im Zusammenhang mit der 21stündigen internationalen Kundgebung in Frankreich und Italien wird die Arbeit am 21. Juli eingestellt werden. Auch die englische Arbeiterschaft rüht zu diesen Kundgebungen. Sie richten sich gegen die Einmischung in Rußland.

Hinauswurf der türkischen Friedensdelegation.

Paris, 3. Juli. Die Konferenz der Minister des Auswärtigen hat beschlossen, daß die Türken am nächsten Sonnabend das Schloß Montecclair verlassen haben müßten.

Dieser Beschluß, der an Grobheit nichts zu wünschen übrig läßt und dessen Ton zu anderen Zeiten unmittelbar als Kriegserklärung hätte wirken müssen, zeigt deutlich, daß die seit einiger Zeit schon laufenden Gerüchte über die Absicht der völligen Vernichtung der Türkei nicht von der Hand zu weisen sind. Es ist möglich, daß die türkischen Vertreter nie wieder nach Paris eingeladen werden, daß man vielmehr erklärt, die Türkei hat als selbständiges Staatswesen aufgehört — mithin sind Friedensverhandlungen mit ihr nicht zu führen.

Das Schicksal der Türkei wird nicht endgültig in Paris entschieden! Die Zeit der gerechten Regelung der Welt durch die Völker selbst wird kommen.

Ernste Differenzen zwischen Italien und Frankreich.

Bern, 4. Juli. Nachrichten über Umtriebe der französischen Botschaft in Rom haben in italienischen parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Die „Avanti“ meldet, hätte Botschafter Barrere in dieser Angelegenheit eine einstündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Ritti.

Bern, 4. Juli. Die Zeitungen berichten von neuen schweren Zusammenstößen in Fiume. Die Bevölkerung empört über das Verhalten eines französischen Soldaten, veranstaltete eine Jagd auf die in der Stadt befindlichen Franzosen. Die französischen Offiziere und Soldaten mußten sich in Häusern verschanzen, um sich vor der Menge zu schützen. Nur mit Mühe gelang es dem französischen Militär, die Ruhe wiederherzustellen. Vier Franzosen wurden verwundet.

Bern, 4. Juli. Die Ursache der Zwischenfälle in Fiume liegt nach italienischen Blättermeldungen vor allem in der Konkurrenz, die den Italienern von den Franzosen in Südbosnien gemacht wird. Die Franzosen hätten ihre Flottenbasis in Fiume zu für Italien höchst schädlichen Zwecken benützt. Man habe in Fiume die Überzeugung, daß die Franzosen das Italicentum überall bekämpfen. „Corriere della Sera“ weist darauf hin, welcher Enttäuschungssturm in Frankreich ausgebrochen wäre, wenn Italien sich in Eilhaft-Verhandlungen eingemischt hätte. Italien könne aber auch fragen, was die Franzosen in der Adria zu suchen hätten. Italien müsse ferner fragen, warum es die Franzosen bei Worten bewenden ließen, statt ihre Truppen nach Fiume zurückzuführen. Mehrere Gründe hätten seinvermögen zum Dreiecksvertrag geführt. Heute könne nur eine fremdsprachige Sprache das Bündnis halten, das Italien während vier Jahre mit Frankreich verband.

Lebensmittelunruhen in Italien.

Bern, 4. Juli. Die Volksbewegung gegen die Lebensmittelknappung in Italien greift immer weiter um sich. In Florenz wurde der Generalstreik erklärt. Hier und in anderen Städten wurden zahlreiche Geschäfte ausgeraubt. Die Plünderungen in Florenz geben weiter. In Imola kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Die Provinzen Romagna und Emilia, sowie die Marken sind von der Bewegung ergriffen, die einen politischen Charakter hat. In fast allen größeren Städten dieser Provinzen wurde der Generalstreik erklärt unter der Drohung, sofort zu gewaltsamen Mitteln zu greifen, wenn die Forderung auf Herabsetzung der Lebensmittelpreise nicht unterzüglich erfüllt wird.

Konservative Kriegserklärung.

Am 9. November wandte die konservative Partei die Wanzentaktik an: Sie fiel auf den Rücken und stellte sich tot. Die Leute, die noch wenige Monate zuvor im Preussischen Abgeordneten- und Herrenhaus den Mund gar nicht weit genug hatten aufreißen können, krochen ins Kammerloch, bzw. zogen sich in die Abgelegenheit ihrer ostelbischen Güter zurück und bauten Kohl, als hätten sie ihr ganzes Leben lang nichts anderes getan und niemals auch nur mit einem Sterbenswörtchen hohe Politik gemacht. Still ward es von den Hehdebrand, Westarp, ja selbst die unsterbliche Januschauerichnause schien in Winterichlat vertallen zu sein.

Die Wahlen zur Nationalversammlung kamen, die Parteien rüsteten, die Konservativen waren nicht darunter. Sie hatten nicht den Mut, ihr besetztes und enteignetes Firmenschild öffentlich zu zeigen. Wie ein Bankrotteur sein Geschäft das nächste Mal unter dem Namen seiner Frau ausmacht, so schuf man sich eine Deckfirma in der „Deutschnationalen Volkspartei“, in der der ehemals konservative Anhang, die Christlichsozialen, Freikonservativen usw., den Ton angaben, während die eigentliche Stockkonservative im Gefühl ihrer heillosen Kompromittiertheit still im Hintergrund blieben bis auf den Kalmsunker von Gräbe-Goldsee, dem so etwas nicht möglich war.

Monate vergingen. Der Wanzge schien es, als ob die größte Gefahr vorüber sei und sie begann vorsichtig ein Bein auszustrecken. Die konservative Partei erließ eine Erklärung des Inhalts, daß zwar die deutschnationale Deckfirma aller Förderung und Hilfe wert sei, daß man aber auf die eigentliche konservative Existenz doch nicht verzichten wolle. Vorsichtig blieb es bei dieser einen Zudung. Nun aber kam der Friedensschluß, dessen Bestimmungen wie geschaffen sind, wo irgend noch Reste chauvinistischer Gerüche bestehen, die aufzupeitschen, und namentlich im Bürgertum Redensartimmung zu machen.

Das ist der Moment der Wanzge. Sie kehrt wieder ihre Bauchseite nach unten und strampelt mit allen Sechsen. Sie ist wieder quatschlebensdilig, und wer sie je für tot gehalten hat, der überzeugt sich vom Gegenteil allein durch den Gestank. Ein Aufruf erscheint, unter dem Namen von Hehdebrand und Graf Westarp stehen. Heine sagte einmal von einem Reaktionär: „Neder Zoll ein Lump“. Von diesem Aufruf kann man sagen: „Jedes Wort eine Lüge“. Wir zittern:

An der Politik, die zu diesem unglückseligen und schmachvollen Ausgange des Krieges geführt hat, hat die konservative Partei keinen Anteil. Alle unsere Warnungen sind vielmehr in den Wind geschlagen, alle unsere Verwünschungen sind überhört worden. Wir Hohn, Spott und Verachtung hat man unsere Mitarbeit zurückgewiesen. Wenn wir für den Siegeswillen und die Siegeszuversicht in Volk und Heer eintreten, hat man uns als Kriegsverlängerer bezeichnet.

Die Verantwortung dafür, daß es zu diesem Ende gekommen ist, tragen vielmehr allein die, die den Siegeswillen unseres Volkes seit der unglückseligen Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 gebrochen, die Savit für Schritt durch fortgesetzte Friedensangebote unsere Feinde ermutigt und allein dadurch den Krieg verlängert haben, die durch Verheerung der Waffen, durch Untergrabung jeder Autorität, durch Ausnutzung der Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Not des Landes, jede Ordnung und Disziplin im Lande zerstörten, das Heer zermürdeten und schließlich das Volk zur Revolution getrieben haben.

Diese Revolution trägt die Schuld an unserem Unglück, und wir klagen ihre Urheber und Träger vor der Weltgeschichte an, daß sie uns waffen- und wehrlos gemacht und durch ihre Schwachheit und Leichtgläubigkeit den türkischen Feinden ihre Vernichtungsbahnen gegen uns erleichtert und unser Volk innerlich und äußerlich zugrunde gerichtet haben.

Rur eine parlamentarische Regierung, die als solche keine persönliche Verantwortung kennt, konnte in stunde sein, einem solchen Frieden, der uns neben unserem Leben als Staat auch die nationale Ehre raubt, ihre Zustimmung zu geben. Keiner Monarchie wäre das jemals möglich gewesen.

Dieser Revolutionsregierung, die uns um alles gebracht hat, sagen wir den Kampf an. Wir streben nach einer Wiederherstellung der Monarchie unter dem Scepter der Hohenzollern, die uns Ansehen, Wohlergeben, Arbeit und Kultur zu verschaffen vermochte, gegenüber der Jämmerlichkeit einer Gegenwart der Armut, des Elends und der Verachtung, wie sie die Demokratie und die Massenherrenschaft gebracht haben.

Gehen wir diese Darlegung ein wenig durch. Die Konservativen tun wenigstens in dem einen gut, daß sie ihren Anteil nur an der Politik ableugnen, die zu dem Wusgan des Krieges geführt hat. Es ist weise, daß sie ihre Politik nicht erwähnen, die zu der Entstehung des Krieges beitrug. Namentlich Herr von Hehdebrand, der Mitunterzeichner dieses Aufrufs, hätte bei einer solchen Gelegenheit

nicht umhin gekonnt, an seine famose Rede im Reichstag zu erinnern, für die er den Kronprinzenlichen Beifall von der Gallerie erntete. Am Eingang dieses Krieges steht riesengroß die Schuld der konservativen Kriegsheber, die keine Gelegenheit verläßt haben, das Kriegsfeuer zu schüren, soweit es in ihren Kräften stand.

Aber sprechen wir vom Ausgang. Auch hierüber sollte eigentlich der Mann etwas wissen, der, nachdem die militärische Leitung ihren Bankrott erklärt hatte, in der konservativen Fraktionsführung mit einem Weintrampf zusammenbrach und schluchzend ausrief: „Man hat uns belogen und betrogen! Nur daß Herr von Seydewitz an diesem Vellings nicht ganz unschuldig war. Er hat freilich im Juli 1917 nicht an der Friedensresolution mitgearbeitet, dafür aber hat er der gläubigen Volksmenge erzählt, er wisse von ganz autoritativer Seite, von einem hohen Marineoffizier, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg in zwei Monaten zum Zusammenbruch Englands führen würde. Damals, als der Fehlschlag des U-Boot-Krieges bereits offenbar war! Herr von Seydewitz, der mit solchen Prophezeiungen hochgespannte Hoffnungen erweckt hat, die beim Nichteintreffen der Prophezeiung natürlich in ebenso tiefe Enttäuschungen umschlugen, macht jetzt andere dafür verantwortlich, den Siegeswillen des Volkes gebrochen zu haben.

Der Verständigungswille der Reichstagsmehrheit habe den Kriegswillen der Gegner gestärkt! Unbewiesenes Gerede. Aber beweisen, hundertfach beweisen läßt sich, daß die bödfinnigen Annexionspläne der Konservativen und Alldeutschen zu nichts anderem benutzt worden sind, um in den feindlichen Ländern immer wieder den Kriegswillen gegen Deutschland aufzustacheln.

„Die Revolution trägt die Schuld an unserem Unglück...“ Die beliebte Geschichtsfälschung! Die primitive kalendariische Uebersicht über die Ereignisse zeigt, daß der Zusammenbruch Deutschlands, die Niederlage längst vor der Revolution da war. Am 9. November siegte die Revolution. Ende September waren die türkischen und bulgarischen Fronten katastrophal zusammengebrochen. Anfang Oktober mußte Bulgarien kapitulieren, bald darauf die Türkei. Hat das die deutsche Revolution gemacht?

Und die Westfront! Ihre Niederlage begann bereits am 15. Juli! Freilich, daran soll ja die revolutionäre Zermürbung Schuld gewesen sein. Das einzige „Beweisstück“ für diese Behauptung ist der in allen konservativen Schriften wiederkehrende Ausspruch eines sonst gänzlich unbekanntes Mannes, des Magdeburger linksradikalen Vater, den alle, die ihn kennen, als eitlem Schwärmer schildern. Seine Renommisterei, die Front mit Hilfe dorthin zurückziehender Deertenteure gerührt zu haben, ist eine Unwahrheit, die sich sehr einfach aus dem Bestreben eines Ehrgeizigen erklärt, mit „revolutionären Verdiensten“ zu prunken. Wo ist auch nur ein einziger dieser Vaterlichen Deertenteure mit falschen Ausweispapieren an der Front festgenommen und überführt worden?! Ganz abgesehen davon, daß der Deertenteure noch gefunden werden soll, der sich wieder an die Front zurückziehen läßt!

Zeit steht dagegen, daß die Kampftruppen an der Westfront geradezu ungeheuerlich überanstrengt waren, daß es ihnen an der notwendigen Ablösung und Ruhe fehlte. Fest steht, daß Bohn und Erbitterung der Soldaten mohlös erregt wurden durch das schamlose Treiben der konservativen Offiziere des alten Systems, die ihre Leute wie das Vieh behandelten und selber in den Kasinos der Grafen Spee und Konsorten Champagner tranken, geistvolles Gut kistenweis nach Hause schickten, selbst die Liebesgaben für die Schwerverwundeten an sich rissen, während die Mannschaften im Dreck vor Hunger und Durst umkamen.

Doch genug davon! Eins begrüßen wir trotz alledem in dem konservativen Kufur: Das ist das unverhohlene Bekenntnis zur Wiederherstellung der Monarchie. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird nun nicht mehr behaupten können, wir läßen die Fenster, wenn wir das Volk vor diesen Plänen warnen. Wir verlangen nicht, daß der Kampf gegen die Monarchisten mit denselben Waffen geführt wird, mit denen sie selbst früher gegen die republikanische Meinung vorgingen. — Obwohl sie das reichlich verdient hätten. Der Kampf möge ruhig auf dem Boden der Demokratie ausgefochten werden. Wenn freilich die Konservativen selber einen anderen Boden suchen — und bisweilen scheint ja ihr Vertrauen zu frondierenden Offizieren bedeutend größer zu sein, als ihr Vertrauen zur Sieghaftigkeit der monarchistischen Idee, nun dann soll ihnen auch auf diesem Gebiet gedient werden.

### Gleiche Schuld aller österreichischen Völker.

Eine Denkschrift Deutschösterreichs. St. Germain, 3. Juli. Die deutschösterreichische Friedensdelegation überreichte der Friedenskonferenz eine ausführliche Denkschrift, in der das Verhalten der einzelnen Nationen des alten Österreich zum Staat und zum Kriege geschildert und ihre volle Mitverantwortlichkeit für die Folgen des Krieges bewiesen wird.

Die Denkschrift führt den Nachweis, daß in der Monarchie nicht etwa ein beherrschendes Volk einem oder mehreren kleineren und beherrschten Völkern gegenüberstand, sondern daß ein unaufhörlicher Wechsel der Macht herrschte, bei dem alle Völker bis auf die Ukrainer in gewissem Grade an der Herrschaft teilnahmen.

In dieser Entwicklung haben die Völker auch während des Krieges festgehalten. Die von ihnen auf Grund des allgemeinen Völkerrichts gewählten Vertreter können dafür als kompetente Zeugen gelten.

Die Denkschrift führt sodann aus, daß die Polen den Krieg mit Begeisterung begrüßten, weil sie erkannten, daß eine Wiederherstellung Polens nur durch die Niederwerfung des zaristischen Rußlands mit Hilfe Österreichs verwirklicht werden könnte. Durch Zitate aus Kundgebungen des Landtages und des Volksklubs und aus Reden verschiedener Abgeordneter wird nachgewiesen, daß die polnischen Führer sich mit dem österreichischen Staat identifizierten. Bei den Südslaven war der Kampf gegen Italien ebenso populär, wie der Kampf gegen Rußland bei den Polen. Die Vereinigung aller südslawischen Stämme war ihnen freilich erwünscht, aber es war eine offene Frage, ob sie mit Hilfe und im Rahmen Österreichs oder mit Hilfe Serbiens bewerkstelligt werden sollte. Das kroatische Volk war für die erste Lösung. Als Beleg für diese geschichtliche Tatsache werden gleichfalls Zitate aus der Resolution des südslawischen parlamentarischen Klubs und der Landtage sowie aus den Reden verschiedener Abgeordneter angeführt. Auf die Tschechen übergehend führt die Denkschrift aus, daß ihr Bestreben von jeher nicht auf Auflösung, sondern auf Beherrschung der Monarchie ausging. Bei Beginn des Krieges war die öffentliche Meinung der Tschechen zwar gespalten, aber sie ging mit leidenschaftlichen Hoffnungen in den Krieg. Er brachte im Falle des Sieges ein vergrößertes, also slavisches Österreich und damit die tschechische Vorherrschaft. Im Falle der Niederlage ein unermesslich großes russisches Slawenreich. Durch eine Reihe von Urkunden und Zitaten wird bewiesen, daß die Erklärungen der verantwortlichen Vertreter der tschechischen Nation bis zum letzten Tage für Österreich waren. Unter anderem wird das bekannte Schreiben der Abgeordneten Stanek, Smeral und Rakaska an den Minister des Äußeren angeführt, in welchem es heißt, daß das tschechische Volk wohl unter dem habsburgischen Szepter seine Zukunft erblicke. Daß nahezu alle tschechischen Führer bis in die allerletzte Zeit nur an die Entwicklung der tschechischen Autonomie im Rahmen Öster-

reichs dachten, wird aus den Reden verschiedener Abgeordneter und aus der Resolution der Prager Konstituante vom 6. Januar 1918, der auch Aramovich und Raschin angehörten, erwiesen.

Die schlichte Wahrheit ist: Die österreichisch-ungarische Monarchie hat den Krieg geführt und verloren und ist dadurch untergegangen. Auf ihrem Boden erhoben sich neue Staaten, jeder einzelne und alle miteinander sind die gleichen Erben des gleichen Unheils.

### Die Durchführung des Friedensvertrages.

#### Note über die Auslieferung des Kaisers.

Amsterdam, 4. Juli. (T. A.) Londoner Meldungen zufolge, beabsichtigen die Alliierten die Schaffung einer Kommission, die die Aufgabe hat, die Durchführung des Friedensvertrages durch Deutschland zu kontrollieren. Diese Kommission soll in ihrer Arbeit durch eine Reihe von Unterkommissionen unterstützt werden, denen die Bearbeitung der einzelnen Vertragsbestimmungen obliegt. Eine dieser Kommissionen wird den Auftrag erhalten, die Vorbereitungen für den Gerichtshof zu treffen, vor dem die zur Verantwortung zu ziehenden deutschen Persönlichkeiten erscheinen sollen.

Die Vorbereitung für die Zusammenfassung des internationalen Gerichtshofes, vor dem auch der deutsche Kaiser erscheinen soll, wird in die Hände eines hohen englischen Justizbeamten gelegt werden, dem für diese Zwecke weitgehende Machtvollkommenheit erteilt werden soll.

Die Note der Alliierten, die von der holländischen Regierung die Auslieferung des deutschen Kaisers fordert, wird in durchaus maßvollem Tone gehalten sein und in keiner Weise eine Verletzung der holländischen Souveränität darstellen.

Amsterdam, 4. Juli. Laut „Telegraaf“ erklärte General Pershing in einer Unterredung, daß die amerikanischen Besatzungstruppen auf dem linken Rheinufer während der Gesamtdauer der Besetzung dort verbleiben werden. Wenn Deutschland bei der Durchführung der Friedensbedingungen guten Willen bezeigt, wird die Anzahl der Mannschaften sehr herabgesetzt werden. Sie wird jedoch nie weniger als 5-6000 betragen. England wird die Besatzungstruppen des Kölner Brückenkopfes in demselben Verhältnis vermindern.

### Oberschlesien ist deutsches Land.

#### Englische Berichte.

Amsterdam, 4. Juli. Den englischen Blättern vom 2. d. Mis. zufolge hat die Regierung am 1. Juli ein Weispapier mit weiteren Berichten britischer Offiziere über die wirtschaftliche Lage in Deutschland veröffentlicht. In diesen Berichten wird die politische Unheillosigkeit hauptsächlich auf die Unterernährung und den Hunger zurückgeführt, die unermüdlich zum Volkswidern führten.

Ueber Schlesien berichtete die britische Kommission, daß es eine wunderbare kleine Provinz mit ordnungsliebender, hart arbeitender und moralisch gesunder Bevölkerung sei. Das ganze Land bis zur Grenze sei rein deutsch, und es sollte ihm gestattet werden, deutsch zu bleiben.

### Abzug der deutschen Truppen aus Riga.

#### Lettisch-estnische Waffenstillstand.

Rönigsberg i. Pr., 4. Juli. Der oberste Stab der lettischen Landeswehr in Riga teilt mit: Die Kampfhandlungen der lettischen und estnischen Truppen haben am 2. Juli ihren Abschluß erreicht. Es ist ein Waffenstillstand zu folgenden Bedingungen geschlossen worden: Die reichsdeutschen Truppen und die Landeswehr verlassen bis 5. Juli Riga. Die Eisen bleiben in ihrer jetzigen Stellung. Rüdigraben—Stinise—Jaecksee. Die Stadt wird von lettischen Truppen besetzt. Ueber die Ausführung wird weiter verhandelt.

## Das Lichtspiel im Dienste der Bildungspfleger.

Von Gertrud David.

Wer die im Juni vorigen Jahres von einer Reihe Lichtspielreformerischer Vereinigungen veranstaltete Vorführung von Naturfilmen im Abgeordnetenhaus zu Berlin mit angesehen hatte, der mußte, wie er sich auch sonst zum Film gestellt haben möchte, anerkennen, daß wir im Laufbild ein Bildungs- und Erziehungsmittel von unerhörter Eindringlichkeit besitzen, und daß auch der wirklich künstlerische Film prinzipiell möglich ist. Es wurde an jenem Abend dem Publikum eine Auswahl der besten Lehrfilme geboten, die von deutschen oder ausländischen Firmen (hauptsächlich Pathé) hergestellt worden sind. Da sah man auf der weichen Leinwand das Aufblühen und Verwelken von Blumen — die Entwicklung von Tieren in wenige Minuten zusammengefaßt. Da konnte man aus nächster Nähe in Bildern von wunderbarem Stimmungswert, das groteske Treiben der Polarstiere, der Robben, Pinguine und anderer Eisvögel beobachten. Da wurde uns der hoffnungslose Kampf der weißen Blutkörperchen mit den Erregern der Schlafkrankheit gezeigt. Ein anderes Bild führte uns nach Schweden und machte uns dort mit dem interessantesten Gewerbe der Holzindustrie bekannt. Und dann kamen die künstlerischen Filme: ein entzückendes halb-sentimentales Schattenspielmärchen mit eigens dazu komponierter Musik und eine jener meisterhaften Erzählungen des Schweden Victor Bergdahl, deren überwältigende Komik an unmittelbarer Wirkung sogar die Zeichnungen eines Wilhelm Busch in den Schatten stellt.

Die einleitenden und begleitenden Vorträge zu diesen Darbietungen hielten der Stettiner Oberbürgermeister Dr. Ackermann und der Direktor der Stettiner Stadtbücherei Dr. G. Ackermann, die beide aus dem reichen Schatze ihrer Erfahrungen viel des Wissenswertes mitzuteilen hatten. Ist doch Stettin der Ausgangspunkt jener Bewegung, die die Reform des Lichtspiels, insonderheit seine Ausnutzung für die Zwecke der Belehrung und Erziehung, anstrebt. In Stettin wurde im Jahre 1914, kurz nach Kriegsbeginn, als „gemeinschaftliches“ Unternehmen die Lichtbild- und Vortragshalle „Stettiner Urania“ eröffnet. Diese erste Musterlichtbühne ist in einem der Stadt gehörigen ehemaligen Panoramagebäude untergebracht, das gegen Zuführung eines weitgehenden Mitverwaltungsrechts der Stadt zu einem sehr geringen Preise an die gemeinnützige Gesellschaft vermietet wurde. Diese hatte sich außerdem verpflichtet, an gewissen Tagen im Monat teils unentgeltlich, teils gegen ganz niedrige Eintrittspreise Schüler-vorstellungen zu veranstalten, deren Programm zu dem jeweiligen Lehrgegenstande in enger Beziehung steht.

Bald wurde man in weiteren Kreisen auf die Stettiner Bewegung aufmerksam. Es wurde ein Deutscher Ausschuss für Lichtspielreformen gegründet, dessen Aufgabe in der weiteren Ausbreitung der reformpädagogischen Ideen auf dem Gebiete des Filmwesens und in der Zusammenfassung aller in dieser Richtung liegenden Bestrebungen besteht. Ihm schloß sich im April vorigen Jahres der „Völkerverbund deutscher Städte“ an, in dem wir die Organisation der Großstädter von Qualitätsware auf dem Filmmarkt

zu sehen haben, der also gewissermaßen die praktisch-gewandte Grundlage für eine solche Reform bietet. Die diesem Zwecke angeschlossenen Städteverwaltungen und Vereinigungen haben nämlich bereits Musterlichtbühnen nach dem Muster der „Stettiner Urania“ errichtet oder beabsichtigen dies zu tun.

Nun hat der schon oben erwähnte, um diese ganze Entwicklung hochverdient Dr. Edwin Ackermann ein Handbuch für Lichtspielreformer\*) herausgegeben, das in seinem ersten Teil eine ausführliche Darstellung der hier kurz skizzierten historischen Entwicklung der Bewegung gibt. Der zweite Teil ist „Pädagogik und Didaktik des Lichtspiels“ betitelt. Was Ackermann hier über die seelische Eigenart aller Lichtspielwirkungen und über das Lichtspiel im Dienste der Belehrung sagt, das läßt sich fast Wort für Wort unterschreiben. Es ist unzweifelhaft richtig, daß die lebendige augenfassige Wiedergabe eines Vorganges stärker auf uns wirkt und sich um tiefer einprägt als langatmige Erklärungen derselben Sache. Ebenso richtig ist es aber auch, daß das bloße Zeichnen von Bildern leicht oberflächlich und beunruhigend machen kann, weshalb eben der gut durchdachte erklärende Text oder der gesprochenen Vortrag zu dem Lichtbilde treten muß, wenn dieses seine volle pädagogische Wirkung entfalten soll. Auf dem Gebiete der Sätze, Erd- und Völkerkunde, der allgemeinen Biologie, der Pflanzen- und Tierkunde, der Technik und der ganzen sonstigen Kulturentwicklung kann das Laufbild, in verständlicher Weise angeordnet, ein außerordentlich wertvolles Hilfsmittel des Unterrichts und der Aufklärung sein.

Der Nachtrag kommt heute übrigens auch schon in bemerkenswertem Grade die Produktion entgegen. Die Universum-Film-Aktiengesellschaft („Ufa“) hat eine Kulturabteilung geschaffen, aus der schon eine Reihe guter medizinischer und auch einige naturwissenschaftliche Lehrfilme hervorgegangen sind. Auch hat auch das staatliche Bild- und Filmmat gewirkt. Vor allem aber ist es die „Deutsche Lichtbild-Gesellschaft“, Berlin, die sich um die Entwicklung des belehrenden Films verdient gemacht hat durch Aufnahme einer großen Anzahl vorbildlicher technischer, geographischer (Natur-) und Kulturfilme. Die Gesellschaft ist jetzt dabei, speziell für Schulen geeignete Lehrfilme herzustellen, die dann vor ihrer weiteren Verwendung der Prüfung durch das staatliche Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin unterliegen. Zu erwähnen ist ferner noch die von dem Direktor der Sternwarte Dr. Krümmel gegründete kinematographische Studiengesellschaft zu Berlin-Teplitz, die sich in erster Linie der Pflege der Schul- und Unterrichtskinetographie widmet und gegenwärtig die Gründung eines kinematographischen Museums und einer Studienanstalt für die Lösung fachwissenschaftlicher Fragen auf diesen Gebieten plant.

Durch die Erfindung des Adrema-Stillschandaapparates, der erlaubt, den Film während seiner Bewegung anzuhalten und längere Erläuterungen einzuschalten, und der Tageslicht-Wand, die die Vorführung von Filmen auch bei heller Tageslichtbeleuchtung des Saales gestattet, ist die Anwendungsmöglichkeit des Laufbildes im Schulunterricht noch bedeutend erweitert worden.

\*) Das Lichtspiel im Dienste der Bildungspfleger, Berlin, Weidmannsche Buchhandlung, 1918.

Run zurück zu unserem Werke! Nicht ganz so befriedigend wie der I. wird der II. Teil des Werkes, der sich mit dem Lichtspiel im Dienste der Unterhaltung beschäftigt. Ackermann bemüht sich hier, das Verhältnis von Kunst zu Licht und Schund darzulegen, wobei er zu dem Schluß kommt, daß der Produkt der Lichtspielreform bei dem starken Mangel an wirklich künstlerisch einwandfreien Filmwerken auch dem Kunst einen gewissen Platz einräumen müsse und nur den geistigen oder moralischen Schund auszuscheiden habe. Aber läßt sich schon gegen diese Darstellung des Problems an sich manches einwenden, so vermischt man hier vor allem eine grundsätzliche Stellungnahme zu der Frage: „Wie ist wirkliche Kunst im Film überhaupt möglich?“

An der Beantwortung dieser Frage möchte von der Eigenart der Technik des Films ausgehend, der dieser Technik angepasste künstlerische Stil gesucht werden. Es sei hier nur angedeutet, daß vor allem das Märchen, der Traum, das innere Erlebnis (Expresionismus), daneben natürlich die rein optische Bewegungsart, also alles Wotiv, bei denen das Leben des Wortes nicht als Mangel empfunden wird und die Hebelwirkung der kinematographischen Technik gegenüber jeder Bühnentechnik stark zur Geltung kommt, Gegenstände einer wahren Filmkunst sein können. Paul Wegener und andere haben aber diesen Gegenstand schon weit tieferes gesagt als Ackermann, wie ja auch Wegener in einigen seiner Filme bereits Beispiele einer solchen kinematographischen Kunst gegeben hat, und man hätte wohl erwarten dürfen, daß Ackermann sich mit diesen Fragen auseinandergesetzt hätte.

### Notizen.

— Theater. Die Eröffnung der Operette „Weinende Erben“ im Palast-Theater ist auf den 6. Juli festgesetzt. Das Volkstheater „D selige Zeit“ wird im Hof-Theater am 10. Juli erstmalig aufgeführt.

— Revolutionsdramen. Friedrich Schöberl hat ein dreitägiges Revolutionsdrama „Der Heberwinder“ vollendet. Roman Hollands Revolutionsdrama „Wölfe“ kommt im kommenden Winter im Leipziger Stadttheater zur Aufführung.

— Ostarröschische Beiträge zum Fest der Monatschrift „Das junge Deutschland“ (Erich Reich Verlag). Ein tropischer Raubvogel jener jüdischen verfallenen Aufklärung Kosofskischer Dromen am Anfang der letzten Berliner Theaterwoche. Wolsch, Ehrenstein, Weibheim (der jüngst im Vorwort der Revue Kriegerheuer die erste durchdachte Kosofskische Monographie erschienen ließ) und Heinz Herold sagen, was ihnen der Künstler gilt. Emil Erkl steuert eine Lithographie bei, die Kosofskia in der Spannung der Regiearbeit erfährt.

— Der englische Physiker Lord Rayleigh ist in London, 77 Jahre alt, gestorben. Sein Arbeitsgebiet war groß: Wertvolle Forschungen bereicherten die Kenntnis von Licht, Schall und Elektrizität; besonders machte er sich um die Bestimmung der elektrischen Maßeinheiten. Er wies das Argon als Bestandteil der Luft nach. Ursprünglich hieß er John William Strutt. England erwies ihm die höchsten wissenschaftlichen Ehren. Der Nobelpreis für Physik wurde ihm 1904 zugesprochen.

10. deutscher Gewerkschafts-Kongress.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

München, 4. Juli.

Angenommen wurde noch ein Antrag Vorhölzer: Der Arbeitgeber hat den Betriebsräten einseitigen Verdiensteingang oder Auslagen in der vollen Höhe zu ersetzen. In der Frage der Betriebsräte entschied sich der Gewerkschaftskongress mit 467 gegen 192 Stimmen für die Auffassung der Vorstandskonferenz. Angenommen wurde folgender Antrag Heischold:

Der Kongress erklärt nach Kenntnisnahme des Vorentwurfs über die Betriebsräte, daß der Entwurf in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entspricht, die berechtigterweise an ein Gesetz über die Errichtung von Betriebsräten gestellt werden können. Unsere Vertreter wurden ersucht, an der Ausgestaltung der Vorlage mitzuwirken, um ein brauchbares Gesetz zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer zu schaffen. Nur wenn das politische Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeitnehmerangelegenheiten in der Vorlage zum Ausdruck kommt, darf die Zustimmung der Arbeitervertreter erfolgen.

In der weiteren Abstimmung wird die Entscheidung zur Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern mit 420 gegen 181 Stimmen angenommen.

Sodann begründet in der Nachmittags-Sitzung Leipart die vorzulegenden Satzungen für den

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Es handele sich bei der Gründung um einen sehr alten Wunsch der Gewerkschaften. Man habe nur aus Rücksicht auf polizeiliche Schwierigkeiten bisher von dieser Gründung, die schon 1896 verlangt wurde, abgesehen und es bei der losen Verbindung in der Generalkommission belassen. Nach Beseitigung der Polizeihürden kann nun aber zur Gründung eines festgelegten Bundes geschritten werden. Man habe in früherer Zeit die Bezeichnung „Deutscher Gewerkschaftsbund“ wählen wollen, inzwischen haben aber die Christlichen und die Reichs-Demokratischen Gewerkschaften die Forderung gestellt, sich diesen Namen vorzuziehen. In dem Zusammenwirken der Zentralverbände wird nichts geändert werden. Es ist aber mehr als bloße Namensänderung, der „Allgemeine Gewerkschaftsbund“ wird in der beschlossenen Verbindung den Einfluß und die Macht der Gewerkschaften noch mehr in den Vordergrund treten lassen als bisher. Die Selbstständigkeit der Verbände bleibt unberührt. Der Einleitungssatz für die Statuten lautet: Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Erwerbszweige bedürfen zur Vertretung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen der beruflichen Vereinigung der Gewerkschaften. Nur durch Kampf in den Gewerkschaften und durch kollektive Vereinbarungen mit den vereinzelten Unternehmern sowie mit den Leitungen der sozialistischen Betriebe können die Arbeitsverhältnisse einheitlich und vorteilhaft geregelt werden.

Ein Antrag Dymann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde „und die Arbeiter und Betriebsräte“, ferner sollen im zweiten Satz gestrichen werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „vereinigte“.

Leipart ist der Meinung, daß dieser Antrag keinen Zweifel lasse, daß gesagt werden soll.

Die Gewerkschaften seien doch eigentlich überflüssig.

Durch diesen Änderungsantrag werde deutlich ausgesprochen, daß Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht nur durch Kollektivverträge, sondern auch durch Betriebsräte in den einzelnen Betrieben geregelt werden können. Das widerspreche allen Grundsätzen, die die Gewerkschaftsbewegung bisher verfolgt habe. Entweder regelt man Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Gewerkschaften oder durch die Betriebsräte. Ferner wendet sich Leipart auch gegen einen Antrag des Bergarbeiterverbandes, wonach alle Arbeiter, welche unter und über Tage beschäftigt werden und Mitglied einer Anwartschafts-Versicherungskasse sind, dem Bergarbeiterverband angehören müssen. Die Einheitsorganisation kann uns nichts nützen. Wir müssen festhalten an der alten Form der Berufs- und Industrieorganisationen. (Leb. Zustimmung.)

Es liegt eine große Anzahl von Änderungsanträgen vor. Ein Antrag Hegemann-Leipzig verlangt, diese Anträge einer Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs für einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress im nächsten Jahre zu über-

weisen. Der Antrag wird abgelehnt. Baldhecker-Böhm (Bergarbeiter) tritt für Betriebs- an Stelle von Berufsorganisationen in bestimmten Betrieben, insbesondere im Bergbau ein. Für die Bergarbeiter bringen die Berufsorgane namentlich jetzt nach Schaffung der Arbeitsgemeinschaft schwere Anzuträglichkeiten. — Dymann-Frankfurt bestritt, daß seine Anträge dahin zielten, die Gewerkschaften durch Arbeiter- und Betriebsräte auszuscheiden. Sie seien zu gute Gewerkschafter, um nicht zu wissen, daß die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaften erfolgen müsse. Aber den Betriebsräten werden durch die Richtlinien soziale und wirtschaftliche Funktionen überwiesen, so daß ihnen auch Raum für Betätigung gelassen werden müsse. Im weiteren bitte er die Anhänger der Demokratie, in den Statuten doch auch ein klein wenig die Demokratie zur Geltung kommen zu lassen. Er wünsche, daß die Zeitverhältnisse sich so entwickeln möchten, daß der Gewerkschaftskongress schon im nächsten Jahre zusammentreten müsse. Mindestens müssen aber alle zwei Jahre Gewerkschaftskongresse abgehalten werden. — Sedemann-Berlin fordert Einheitsorganisationen für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. — Siedfeld-Danzig (Holzarbeiter) glaubt, daß ein Zusammenfluß verschiedener kleinerer Organisationen erfolgen könnte, aber die Industrie- und Berufsverbände hätten sich noch nicht überlebt. Das Leitungs- und Unterstufungswesen müßte unter den Verbänden einheitlicher gestaltet werden. — Kopyur-Berlin fordert, den Deutschen Eisenbahnerverband als die Einheitsorganisation für die gesamten Eisenbahnbetriebe zuzulassen. — Janßen-Düsseldorf (Zimmerer) würde eine Zustimmung zum Antrage der Bergarbeiter für sehr bedauerlich halten. (Zuruf: Ganz unmöglich!) Eine ganze Anzahl von Berufsarbeitern müßte beim Wechsel der Berufsstätte auch die Organisationszugehörigkeit ständig wechseln. — Leipart wünscht, daß der Kongress die geänderten Grundsätze der Streitfrage, ob Betriebs- oder Berufsorganisation, endlich zur Entscheidung bringe, damit Ruhe eintrete. Er empfiehlt, daß der Kongress sich für die Berufsorganisation auch weiter ausspreche. — Dittmer-Berlin (Gemeinde- und Staatsarbeiter): Wir haben bereits mehrere von der Generalkommission anerkannte Betriebsorganisationen. Die Bergarbeiter wünschen sie auch. Es muß endlich ein Ausweg gefunden werden. Beiden Richtungen muß Rechnung getragen werden und es ist bedauerlich, daß die Generalkommission noch keine Vermittlung gefunden hat. — Auf Antrag Siedel-Berlin werden sodann die gesamten Anträge einer Kommission zur Durchberatung und zu einer Vorlage für die morgige Sitzung überwiesen. Auf weiteren Antrag von Leipart und Reichel wird vom Kongress die Entscheidung herbeigeführt, ob es bei der bisherigen Form der Berufs- und Industrieorganisationen bleiben soll, oder ob die Betriebsorganisationen zugelassen würden. Nach längerer Debatte entscheidet sich der Kongress mit 303 Stimmen dahin, daß die bisherige Form der Berufs- und Industrieorganisationen aufrechterhalten werden soll. Es wird schließlich noch weiteren geschäftlichen Erledigungen die Verhandlung auf morgen früh 9 Uhr vertagt.

Preussische Landesversammlung.

40. Sitzung vom 4. Juli, mittags 1 Uhr.

Zunächst wird der Bericht des Verfassungsausschusses über die Ordensfrage beraten. Der Ausschuß (Berichterstatter Abg. Dr. Boller) schlägt die Aufhebung der vorläufigen Regierungsverordnung vor, die die Abschaffung der Titel und Orden verbot.

Nachdem Abg. Neumann (Soz.) sich gegen die Aufhebung der Verordnung erklärt hat, bemerkt

Abg. Ludwig (H. Soz.), daß die Regierung wieder Orden erteilen wolle. Freund Rodde will den Militärorden geben für Verdienste gegen das eigene Volk. (Große Unruhe) Diese Freymäße sind das Kennzeichen des alten Systems. Weg mit diesem Aberglauben!

Abg. Wilbermann (Z.) ist für Aufhebung der Verordnung. Es ist besser, daß jemand nach einem Titel strebt, als daß er sich für jede Tätigkeit bezahlen läßt.

Abg. Dr. Schreiber (Dem.): Ein Volkstaat kann auf Titel und Orden verzichten. Etwas anderes ist es, wenn es sich um Berufsbezeichnungen handelt. Wir sind für Aufhebung der Verordnung, besonders, weil wir wollen, daß die heimkehrenden Kriegsgenossen die ihnen zusehenden Ehrenzeichen erhalten.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Aries (D. Natl.) und Reibitz (D. Vp.) wird der Antrag auf Aufhebung der Ver-

ordnung gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen. — In der dritten Sitzung werden debattiert angenommen die Gesetzentwürfe über weitere Beihilfen zu Kriegsmohlfahrtsausgaben der Gemeinden, über Abänderung des Staatsschuldenverwaltungsgesetzes und über Änderung des preussischen Gerichtsverfassungsgesetzes — der Gesetzentwurf zur vorläufigen Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsgesetzes (Neuwahl der unbesoldeten Gemeindevorstandsmitglieder und Kreisdeputierten, der Amtsvorsteher, Deputationen und Kommissionen in Gemeinden und Kreisen, des Provinzialrats und Bezirksausschusses bis zum 31. August) wird dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Hierauf wird die Aussprache über den

Etat des Handelsministeriums

fortgesetzt.

Unterstaatssekretär Neuhaus teilt mit, daß die Frage der Hausangehörigen reichsgesetzlich geregelt werden würde.

Abg. Brahm (D. Natl.) bekämpft die Bissel'sche Planwirtschaft.

Abg. Dr. Kalle (D. Vp.): Der Bissel'sche Entwurf macht auf den Praktiker den Eindruck eines Gebildes vom grünen Tisch. Große Bedenken hegt die Industrie auch gegen den Gesetzentwurf über die Betriebsräte. Wir freuen uns, daß auch das Handelsministerium die Zwangswirtschaft sobald wie möglich wieder beseitigt wissen will. Solange Preußen noch da ist, darf es nicht umgangen werden. Die notwendige Kontrolle des Wirtschaftslebens nach der sozialen Seite hin wird zweckmäßig durch die Arbeitsgemeinschaften, deren Bildung im Gange ist, geschaffen werden.

Abg. Wiglow (Dem.): Wir sind nicht Gegner jeder Bindung, wohl aber werden wir uns gegen die Ungeheuerlichkeit der Bissel'schen Planwirtschaft. Die beste Grundlage für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens sind die alten Grundsätze von Schulgeld, Selbsthilfe und Selbstverantwortung. Die Wirtschaft in der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung müssen bekämpft werden. Das Fortbildungsschulwesen ist segensreich und sollte ausgebaut werden. Allerdings wirkt der Berliner Fortbildungsschulstreik nicht gerade ermunternd. Die Jungen fordern Änderung in der Schuldeputation und Bezahlung der Schulstunden, aber nicht für den Lehrer, sondern für den Schüler. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Wir können nur wieder hochkommen, wenn wir arbeiten. (Beifall.)

Abg. Renzel (H. Soz.): Wir verstehen die Rechtssozialisten nicht. Der Feind steht rechts. In eine Veröhnung zwischen Kapital und Arbeit glauben wir nicht, das sind Gegensätze wie Feuer und Wasser. Wir fordern eine geregelte Erzeugung. Die Lebensmittelherzeugung darf nicht von einigen Großgrundbesitzern abhängen, die nach den Worten des Herrn von Odenburg sogar streiken wollten. (Zurufe: Aber die Eisenbahner dürfen streiken!) Wir können unser Volk nur ernähren, wenn wir arbeiten. (Allseitige Zustimmung.) Aber alle müssen arbeiten. (Erneutes sehr richtig!) Die Bissel'sche Planwirtschaft genügt uns nicht. Nur der volle Sozialismus schafft Arbeitslust. Der agrarischen Politik haben wir das tiefe Elend zu verdanken, in dem wir uns jetzt befinden.

Abg. Dr. Fehlbender (Zent.) berichtet über den Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, die Regierung zu ersuchen, die Polizeibehörden anzuweisen, den Straßenhandel mit Süßigkeiten, insbesondere mit Speiseeis, zu verbieten, und empfiehlt dessen Annahme.

Hierauf wird gegen 6 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf Dienstag, 1 Uhr, vertagt. Vorher Antragen, keine Vorlagen und Anträge, nachher Etat für das Ministerium des Innern.

Soziales.

Die Post- und Telegraphenbeamten wollen, um den unelendlichen Wohnungsverhältnissen alleinstehender Beamtinnen abzuhelfen, dem Muster ihrer männlichen Kollegen folgend, eine Genossenschaft gründen. Es ist dabei an die Schaffung von kleinen Wohnungen mit Küche usw. sowie Heimen im großen Stil mit öffentlichem Mittagstisch, der auch Nichtamtlichen und durchreisenden Beamtinnen zugänglich sein soll, ferner von Alters- und Erholungsheimen unweit des Tätigkeitsortes gedacht. Kürzlich hat sich bereits eine Versammlung mit der Gründung einer derartigen Genossenschaft beschäftigt. Alle Interessenten wollen ihre Adresse und speziellen Wünsche der Telegraphengehilfin Alara Böhm, Steglitz bei Berlin, Schadowstraße 17 II. übermitteln.

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse.

Verdeutschelt von Max Goshard.

5]

Ich sitze in diesem Sessel, der schon müd geworden ist, ich stütze die Hände auf diesen Tisch, der schon sein Gleichgewicht verloren hat. Lehnt man sich auf der einen Seite zu stark auf, dann fängt der Tisch sogleich zu lahmen an. Ich spüre, wie ich tief eingepflanzt bin in dieses alte Zimmer, das unordentlich ist wie ein wilder Garten. Abgenutzt ist das Zimmer, aber die Dunkelheit mildert alles und sachte streift dich der Staub.

Nach dem Essen werden die Worte seltener. Tantchen beginnt wieder etwas zu brummeln. Während die Petroleumflamme heifer raunt, wird die alte Frau noch einmal von der Nahrung übermannt. In ihrem vielfältig verworrenen Gesicht, das gleich einer japanischen, weichwattig gekrönten Maske anzusehen ist, werden die Augen noch einmal übertränkt, und ihnen entströmt von neuem die leuchtende Welle der Zähnen. Die Tränen der Alten, die von ihrem Gesichte erdrückt wird, flutschen auf die geräumige Lippe nieder, die herzförmig ausgeschlitten ist. Tantchen beugt sich zu mir. So tiefgreifend ist ihre Annäherung, daß ich vermeine, sie berühre mich körperlich.

Was mir auf Erden bleibt, ist allein diese Frau, und sie nur liebt mich wahrhaft. Ich weiß: trotz ihres schweren Charakters und ihren Seufzern zu Trost hat sie allein immer und ewig recht.

Ich gähne und derweilen trägt sie die schmutzigen Teller ab, um sie in einen düsteren Winkel zu bergen. Aus dem Krug schüttelt sie das Wasser in die Wanne, dann setzt sie das Abwaschwasser zum Wärmen auf den Herd.

Um 8 Uhr soll ich Antonia am Klost treffen. Jetzt ist es 6 Uhr 10, und ich gehe also fort. Erst wieder der Flur, dann der Hof — — — All diese vertrauten Dinge, die dort in der Nacht verborgen liegen, sie hüllen mich ein. Am Himmel schwebt noch ein zerstreutes Ausleuchten. Aus dem Grunde der Nacht blinzelt der Würfelbau der Grillonschen Werkstätte wie ein Karfunkel hervor und die ungeheuerliche Unordnung der Werkzeugkästen und Gefäße, die am Eingang stehen, schließt das Ganze.

Da sieht auch noch Brillon. Niemals macht er eine Pause. Er starrt an irgend einem Gegenstand. Jetzt hält er seine

Arbeit prüfend an das Kerzenlicht, das einem eingefangenen Schmetterlinge gleich flatternd hin- und herschwirrt. Hierauf steckt er die Hand nach einem Kleinstertopf, der auf dem Kocher raucht. Seine Züge werden sichtbar. Er hat das aufmerksame und sorgenlose Gesicht eines Handwerkers aus der guten alten Zeit. Die schwarzen Insekten auf seinen Wangen sind schlecht rasiert. Unter dem Mitlein sträubt sich eine Reihe steifer Haare hervor. Er hustet, und die Scheiben klirren.

Auf der Straße Schweigen und Schatten. Und Leute, die aus den Häusern kommen, die in ihre Häuser heimkehren, huschen vorüber, und dazu einiges Geflüster. In den Stockwerken ein Auf- und Niedersteigen des Lampenlichtes. Da, zwei Schritt von mir entfernt, verschwindet Herr Joseph Boneas an der nächsten Straßenecke plötzlich. Ich entbede das weiße, dicke Halsstück, das die Gesichtswirre verhüllt, die seinen Hals besäen. Und dann öffnet sich die Tür des Freizeits, wie vorher, als ich vorbeigegangen bin. Die angenehme Stimme des Herrn Bocard sagt: „Beim Kaufmann kommt alles darauf an — — —“ „Aber doch — — —“, wirft ihm ein Kunde ein, der eben fortgeht, und von dem nur die winzige Körpergestalt wahrzunehmen ist. Dieser Kunde muß aber eine wichtige Persönlichkeit sein. Herr Bocard beschäftigt sich immer mit Geschäften und weitgehenden Plänen.

Wald ist auch in seinem verrammelten und vergitterten Schlupfwinkel der alte Cudo sichtbar. Er ist der Unglücksvogel. Er ist ein feltamer lustiger Greis, der ein krankes Auge hat und ewig seufzt. Selbst in seinem Heim legt er niemals den trübseligen Kadmantel und die Kappe ab, deren breiter Schild ihn gegen das Licht schützt. Man nennt ihn wohl nicht ohne Grund einen Epton.

Endlich der Klost. Vereinfacht steht er in dem Schatten; der Klost und das spitze Gewölbe darüber. Aber Antonia ist nicht gekommen. Sonst würde sie erwartet haben. Erst werde ich ungeduldig darüber; dann fühle ich sogar so etwas wie eine Erleichterung. Schön, schön, das ist vorbei. Antonia ist sicherlich noch recht verführerisch. Sie hat ein Fieber in sich, das aus den Augen züngelt, und ihre Hagerheit brennt ins Blut. Aber ich vertrage mich kaum mit dieser Italienerin. Sie kümmert sich immer nur um ihre eigenen Angelegenheiten und das geht mich doch gar nichts an. Da ist die dicke Victorine schon hundertmal mehr wert, und sie ist auch gleich zu allem zu haben, und da ist ja auch Frau Lacaille, die träumerisch und lasterhaft ist, obwohl ich auch schon von der genug habe. In Wirklichkeit stürze ich mich da ganz gedankenlos in eine Masse Liebesgeschichten, die

mir nachher sehr gewöhnlich vorkommen. Aber ich kann niemals der seenhaft lodenden Versuchung widerstehen, solche Abenteuer von vorne anzufangen. Ich will nicht warten und ich gehe weg. Wieder muß ich an der Schmiedewerkstatt dieses scheußlichen Drissille vorbei. Sein Haus ist das letzte in der Reihe der flachen Häuschen, aus denen sich die Straße zusammensetzt. Dunkel ist alles ringsherum und nur die Fenster der Werkstatt glänzen im hellen Drangegels. Wie ein flammendes Gewirr blinken die Scheiben, und davor ist das schwere Reg der Fenstergitter gezogen. Und nun steht inmitten dieses gequadrerten Lichtes die Gestalt des Schmiedes, die so unförmig ist. Sie wird fast durchsichtig. Bald ist sie ganz dunkel und fest umrissen, bald ist sie loser aufgeschichtet und lockerer. Das Gespenst, das da mitten in dem Leuchten herumgeistert, rührt sich mit einer ungeklärten Verbissenheit, und schrecklich wimmelt es um die Esse herum. Er strauchelt und scheint von rechts und links wieder aufzutreten. Er ist wie der Reisende auf einer Höllenbarke. Je trankener er ist, desto wilder wütet er gegen Eisen und Feuer.

Ich lehre wieder heim. Wie ich gerade ins Haus treten will, ruft mich eine Stimme schüchtern an: „Simon!“

Es ist Antonia. Ach, was! Ihr schwacher Ruf hallt noch hinter mir her, aber ich mache mich schleunig fort. Ich sehe in mein Schlafzimmer hinauf. Der Raum ist immer lüth und kalt. Ich schauere immer erst eine Weile zusammen, ehe ich etwas Leben zwischen die kalten Wände bringen kann. Wie ich den Fensterladen schließe, überblicke ich noch einmal die Straße. Dort liegt nun die schräge, nachtsverhüllte Mauer der Hausdächer, die von den Schornsteinen besetzt sind. Die Kamine sind aus dem Halbdunkel des Raumes herausgeschlitten. Dort wacht man wohl noch hinter einigen Fenstern, auf denen es milchfarbene liegt, und davor man mitten in diesem finsternisverkleideten, plötzlich aufgerissenen Rahmen gewahrt wird. Endlich die Erscheinung des wahnsinnigen Schmiedes, die vom Blut überlaufen ist und hin- und her schwankt.

In der Ferne aber unterscheide ich das Kreuz auf dem Kirchturme, der in den Weltenhohlraum hineinragt. Und ganz oben liegt das Schloß auf seinem Hügel. Es ist reichlich beleuchtet, es ist anzusehen wie eine reich besetzte Krone aus kostbaren Steinen. Das Auge verliert sich nach allen Richtungen hin. Es wandert über das schwarze Getrümmer der Stadt, in dem sich all diese Männer und Frauen bergen. Jedes von ihnen ist mir unbekannt, und dennoch — — — Alle gleichen sie mir so außerordentlich. (Fortf. folgt.)

# Nationalversammlung zu Weimar

44. Sitzung, Freitag, den 4. Juli, nachm. 2 Uhr.

Am Regierungstische Erzberger, David, Preuß. Präsident Lehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Abg. Seuermann (D. Sp.) stellt in einer kleinen Anfrage fest, daß die Löhne der Arbeiter in der Holz- und Eisenindustrie über die Gehälter der unteren und sogar der mittleren Beamten emporgeschwollen sind. Zum Beispiel betrage das Jahreseinkommen eines 28jährigen Telegraphenarbeiters mit zwei Kindern in Berlin bei 800 Arbeitstagen 6000 M.; der mit gleicher Familie lebende untere Postbeamte beziehe mit Zulagen insgesamt aber nur 2340 M. Der Antragsteller fragt die Regierung nach ihrer Stellungnahme zu dieser Umkehrung der Verhältnisse, die die Unzufriedenheit der Beamten erzeuge und ferner auch dem Aufstieg der Arbeiter in die Beamtenchaft hinderlich sei.

Geheimer Regierungsrat Seemisch gibt den in der Anfrage geschilderten Zustand als richtig an. Das Arbeiterdienstverhältnis sei im Gegensatz zu dem der Beamten, die deswegen hinsichtlich ihrer Ansprüche auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung günstiger gestellt seien als die Arbeiter, nicht dauernd. Die gegenwärtigen Verhältnisse müssen als vorübergehend angesehen werden; denn der Abbau der Arbeiterlöhne steht bei Senken der Preise außer Frage.

Abg. Anollmann (D. Sp.) macht in einer Anfrage Mitteilung von einem durch das Kartell der freien Gewerkschaften in Göttingen gefassten und an die Verwaltung der staatlichen Klinken in Göttingen gerichteten Beschluß, wonach die dort beschäftigten Arbeiter bei Androhung sofortiger Entlassung sich einer freien Gewerkschaft anschließen sollen und fragt, wie die Reichsregierung das durch diesen Vorgang bedrohte Koalitionsrecht und die Preisfreiheit der nicht frei gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sicher stellen will.

Regierungsvertreter Dr. Loewe bezeichnet im Auftrage des Reichsarbeitsministeriums den Beschluß als unzulässige Beschränkung der Koalitionsfreiheit. Es sei aber beabsichtigt, in dem Gesetzentwurf über Betriebsräte diesen die Wahrung der Koalitionsfreiheit zur Pflicht zu machen.

## Weiterberatung der Verfassung.

Artikel 25 sieht die Auflösung des Reichstags durch den Reichspräsidenten vor. Die Neuwahl soll spätestens am 60. Tage nach der Auflösung stattfinden.

Abg. Haase (N. Soz.) befragt den Antrag seiner Partei, die Neuwahl spätestens am 30. Tage nach der Auflösung vorzunehmen.

Staatskommissar Dr. Preuß: Für die Befestigung der Frist von 60 Tagen sind lediglich wahlrechtliche Gründe maßgebend gewesen. Nach kurzer Debatte, im Verlauf derer sich auch Haase (N. Soz.) für den Antrag der Unabhängigen einlegte, wird Artikel 25 unter Ablehnung des Antrages Haase (N. Soz.) angenommen.

Nach Artikel 26 wählt der Reichstag seinen Obmann, dessen Stellvertreter und seinen Schriftführer.

Abg. Hausmann (Dem.) beantragt statt „Obmann“ wieder einzulegen „Präsident“.

Abg. Seuerle (Z.): Wir haben uns überall bemüht, in der Verfassung ein gutes, vollständiges und gemeinverständliches Deutsch anzubringen, ohne dabei in den Fehler der Deutschstielei zu verfallen. Die Bedeutung der Verfassung rechtfertigt es durchaus, daß ein ganz besonderer Wert darauf gelegt wird, es in eine gute deutsche Sprache zu fassen.

Abg. Hausmann (Dem.): Der Ausdruck „Obmann“ deutet durchaus nicht vollständig das, was man bis jetzt unter einem Präsidenten verstanden hat. Aus dem Grunde erscheint es mir erwünscht, den Ausdruck „Präsident“ beizubehalten. Mit großer Mehrheit wird der Antrag Hausmann angenommen.

Nach Artikel 31 sollen die Wahlprüfungen durch ein Wahlprüfungsgericht vorgenommen werden, das aus Mitgliedern des Reichstags und Mitgliedern des Reichsoberverwaltungsgerichts besteht.

Die Abg. Agnes (N. Soz.) und Genossen beantragen, die Wahlprüfung wie bisher durch den Reichstag selbst vornehmen zu lassen.

Abg. Haase (N. Soz.): Von dem grundsätzlichen Rechte der Volkvertretung, über die Gültigkeit ihrer Wahlen zu entscheiden, wird hier abgewandt, angeblich weil sie sich oft von politischen Anschauungen leiten ließen. In einer Zeit, die so viel neue Volksrechte schuf, soll das Recht des Reichstags nicht beschränkt werden.

## Reichskommissar Dr. Preuß:

Zusätzliche Paraphrasen, das man oft als Mutter der Paraphrasen bezeichnet, hat seit 50 Jahren auf das Recht der Wahlprüfung verzichtet. Die Wahlprüfung ist ein Akt der Rechtsprechung. Solange die Rechte der Volkvertretung nicht völlig geschwächt waren, erschien es selbstverständlich, daß sie eiferrichtig auch das Recht der Wahlprüfung wahrte. Heute ist das

## Recht des Reichstags unantastbar gesichert;

er kann deshalb verzichten, wie es das englische Parlament seit der letzten Parlamentsreform tat, um sich von einem seiner Natur nach fremden Amt zu befreien. Die Entscheidung eines Gerichts wird allgemeinem Vertrauen begegnen, außerdem wird sie das Vertrauen beschleunigen.

Abg. Dr. v. Delbrück (D. Reich.): Das Ansehen des Parlamentes wird wachsen in dem Maße, wie das Recht seiner einzelnen Mitglieder überleitet.

Abg. Hübner-Berlin (Soz.): Die Frage, auf die es ankommt, ob bei einer Wahl das Recht verletzt wurde, kann von einem Gerichtshof besser als vom Reichstag gelöst werden. Im Grunde genommen sind doch alle Wahlprüfungen bisher vom Parteikampfpunkt entschieden worden. So ständische Wahlbeeinträchtigungen wie früher sollen künftig weg, so daß die Arbeit erleichtert würde. Keine republikanische Regierung wäre stark genug, um Wahlbeeinträchtigungen in dem früher beliebten Maße treiben zu können.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Dem.): Der schrittweise Witzhand der Wahlprüfungen war zweifellos die Verschleppung und gegen sie wird ein Gerichtshof auch in Zeiten der Verzagung wirksamer einschreiten können.

Abg. Haase (N. Soz.): Unser Antrag schlägt die Minderheiten. Die drei Reichstagsmitglieder, die dem Gerichtshof angehören sollen, werden immer nur aus der Mehrheit genommen werden. Die Minderheit wird wohl niemals zum Wort kommen. Durch Hinzuziehung von Jungen und Sachverständigen ließe sich die Entscheidung wohl beschleunigen.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Das englische Parlament hat sich vorbehalten, in die Entscheidung des Gerichtshofs einzugreifen und sie im Notfall zu verwerfen.

Die Fassung des Ausschusses wird angenommen. Hierauf werden die weiteren ausgelegten Bestimmungen über Artikel 21 und 22 vorgenommen.

Im Artikel 21 werden die Anträge der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei, das Wahlmännigkeitsalter von 20 Jahren zu heben, und dessen Festsetzung in das Wahlgesetz zu verwickeln oder es auf 24 Jahre festzusetzen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Artikel 21 wird nach dem Beschluß des Ausschusses mit der Wahlmännigkeit von 20 Jahren angenommen.

Der Antrag Kurr (Soz.): „Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein“, wird

gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien, des Zentrum und eines Teils der Demokraten angenommen.

Im Artikel 22 wird die dreijährige Legislaturperiode in namentlicher Abstimmung mit 150 gegen 142 Stimmen abgelehnt und in einfacher Abstimmung die

## fünfjährige Periode

gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien und eines Teils der Demokraten angenommen.

Artikel 32 über die Beschlußfähigkeit des Reichstags wird durch einen gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrum und der Demokraten dahin geändert, daß die im Entwurf vorhandene Bestimmung von der Notwendigkeit der Hälfte der Mitgliederzahl gestrichelt wird und die Beschlußfähigkeit durch die Geschäftsordnung geregelt werden soll.

Zu Artikel 33, über die Redeberichtigung der Regierung im Reichstag, beantragt Abg. Gröber den Fortfall des Wortes „jederzeit“, da es nicht angehe, daß Tugend von Personen im Reichstage jederzeit das Wort nehmen könnten. Der Artikel wird in dieser Weise verändert angenommen.

Artikel 34 bestimmt die Verechtigung des Reichstags zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und macht ihre Einsetzung zur Pflicht auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder. Ein dazu vorliegender Antrag der Unabhängigen, der anstatt von „einem Fünftel“ von 50 Mitgliedern sprechen will, macht bei der Abstimmung einen Hammetwurf nötig. Dabei werden 106 Gegner und 51 Befürworter des unabhängigen Antrages festgestellt.

Präsident Lehrenbach richtet die eindringliche Bitte an die Abgeordneten, sich bei so wichtigen Beratungen lieber im Saale als im Hause aufzuhalten, da dann der zeitraubende Hammetwurf nicht nötig gewesen wäre.

Artikel 34 wird in der Fassung des Entwurfs mit großer Mehrheit angenommen.

Artikel 35 bestimmt die Bestellung eines ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und einen Ausschuss zur Überwachung der Tätigkeit der Reichsregierung; ein Antrag Heintze (D. Sp.) und Genossen beantragt die Streichung des ganzen Artikels, ein Antrag Schüding (Dem.) die Streichung des Überwachungsausschusses. Die Unabhängigen beantragen noch einen Artikel 35a über die Verpflichtung der Reichsregierung zur Vorlage der über die Beziehungen des Reichs zu auswärtigen Staaten geführten Verhandlungen.

Abg. Heintze (D. Sp.) begründet seinen Antrag. Gerade in der jetzigen Lage des Reichs ist eine zähe, folgerichtige auswärtige Politik bitter notwendig. Der im Entwurf verlangte Ausschuss würde einen unfähigen Minister des Reichs nicht bessern, die Maßnahmen eines weisichtigen, großzügigen Ministers dagegen können.

Abg. Schüding (Dem.) führt zur Begründung seines Antrags aus: Die auswärtige Politik ist in den letzten Jahren unter Schmerzensstich gewesen. Einer der Gründe dafür war auch der Umstand, daß der Reichstag auf dem Gebiete der auswärtigen Politik so gut wie vollständig verfaßt hat. Wir wünschen deshalb, daß der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten nicht als Untersuchungsausschuss Verwendung findet, sondern als Organ des Reichstags für auswärtige Politik ausgebildet werden soll. Diese wird, bisher von Beamten allein betrieben, das muß aufhören. Jede politische Partei muß sich Sachverständige für auswärtige Politik heranziehen.

## Abg. Kautz (Soz.):

Was wir hier verlangen, ist kein Mißtrauensvotum, sondern lediglich die Anerkennung der Notwendigkeit, daß die Volkvertretung dem Volke gegenüber verantwortlich ist und diese Verantwortlichkeit auch praktisch geltend machen muß. Wohin wir mit einer Regierung kommen, die

„nur Gott und ihrem eigenen Gewissen“

verantwortlich ist, das haben wir ja erlebt. Es hängt ganz davon ab, was für Leute der Reichstag in diesen Ausschuss hineinwählt.

## Ein Zwischenfall.

Als Redner eine kleine Pause macht, versucht eine Dame, die schon einige Zeit neben dem Redner aufgestellt hat, zu der Versammlung zu sprechen. Sie wird aber, nachdem sie nur die Worte „Von der Maas bis an die Remei“ gesprochen hat, vom Präsidenten aufgefordert, den Platz zu verlassen, da sie nicht das Wort habe. Nach einem Zögern räumt sie den Platz und nimmt am Ministertisch Platz. Schriftführer Dr. Neumann-Hofer redet ihr anheimelnd gütlich zu. Schließlich wird sie auf Anordnung des Präsidenten durch einen Diener aus dem Saale entfernt.

## Abg. Haase (N. Soz.):

In keinem Lande ist die auswärtige Politik in dem Maße Geheimwissenschaft wie bei uns. Dinge, die sogar dem Ausland bekannt sind, werden vor Volk und Volksvertretung geheimgehalten. Das zeigen uns auch die Vorgänge im Baltikum.

## Reichskommissar Dr. Preuß:

Wenn Sie den Artikel beschließen, wird der Beschluß erträglich sein. Die Annahme des Antrages Haase aber würde die

## Abschaffung jeder Verantwortlichkeit

der verantwortlichen Stellen bedeuten und schließlich zu einer Diktatur führen, sei es des Profetariats, sei es — und das ist das Wahrscheinliche — einer anders gearteten Diktatur.

Abg. von Delbrück (D. Reich.) wendet sich gegen den Antrag Haase.

Abg. Hinrich (Soz.): Es ist richtig, daß in Ost- und Westpreußen gewisse Kreise den Gedanken einer Einigung und Verhandlung mit den Polen propagieren, aber bisher sind diese Bestrebungen lediglich von einem kleinen Teil der Volkskräte ausgegangen, die in Westpreußen, nicht auch in Ostpreußen, über einen gewissen Anhang verfügen. Diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Redner geht gegenüber den Ausführungen des Abg. Haase auf die Vorgänge im Baltikum

ein. Der Kampf, der sich dort jetzt abspielt, ist der letzte Akt des großen Vernichtungskampfes gegen die letzten Reste des Deutschtums. (Zuruf des Abg. Haase: Baltische Barone!) Ich kann mit dem Worte „Baltische Barone“ nicht den Haß verknüpfen, den Sie (zu den Unabhängigen) damit verknüpfen, ich sehe in ihnen nicht nur die privilegierte Schicht der Grundbesitzer, sondern auch die Leute, die dort seit 700 Jahren deutsches Volkstum und deutsche Kultur hochgehalten haben. (Wohlfühler Beifall.) Wenn wir durch die Umstände leider gezwungen sind, unsere Truppen zurückzuziehen, so wird das vielleicht zur

## Austrittung des letzten Restes des Deutschtums

führen, was ich aufs tiefste bedauere. (Beifall allerseits: Verfall.) Artikel 35 wird unter Ablehnung aller Änderungsanträge angenommen, auch der Antrag der Unabhängigen (Einsetzung eines Artikels 35a) wird abgelehnt.

Zum Abwärt Reichspräsidenten liegen verschiedene Änderungsanträge vor. Der Entwurf bestimmt, daß der Präsident vom ganzen deutschen Volke gewählt wird. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens zehn Jahren Deutscher ist. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Ein Antrag der Deutschen Nationalen will statt seit mindestens zehn Jahren Deutscher ist, „als Deutscher geboren ist“ und bei Stimmengleichheit das Los entscheiden lassen. Ein Antrag der Unabhängigen will das Amt des Reichspräsidenten überhaupt befeitigen. Ein Antrag der Demokraten will bestimmen, daß eine zweite Wahl stattzufinden hat, wenn kein Bewerber die Hälfte

der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Bei der zweiten Wahl, für die auch neue Bewerber zugelassen werden können, soll derjenige gewählt werden, der die meisten Stimmen hat.

Abg. Dr. Philipp (D. Reich.): Wir halten es für unbedingt notwendig, einen Reichspräsidenten einzusetzen. Die Stellung des Reichspräsidenten kann nicht mäßig genug sein. Wenn Cohn und Haase um die Eliegepalme ringen, und wir den ersten Konflikt nach der Revolution haben, dann haben wir die Minderheitsherrschafft einer kleinen Rote.

Nach dem vorliegenden Beschluß des Ausschusses könnte auch ein naturalisierter Franzose, Belgier oder Engländer, ja sogar ein Russe oder Marokkaner deutscher Reichspräsident werden. (Beifall.) Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Der Antrag der Demokraten erneuert die Unmoral der Stichwahl.

## Abg. Haase (Dem.):

Die Mehrheit meiner politischen Freunde steht auf dem Standpunkt, daß der Präsident durch das Volk, nicht durch das Parlament gewählt wird, weil es eben eine selbständige starke Kraft neben dem Parlament darstellen soll. Schon die Tatsache, daß es so unendlich viele Möglichkeiten der Volkswahl gibt, spricht dafür, daß wir uns nicht jetzt schon in der Verfassung auf nur eine Möglichkeit festlegen.

Abg. Haase (N. Soz.): Der Abgeordnete Philipp hat aus seinem Herzen keine Würdegrube gemacht, er will als Präsident einen starken Mann haben, von dem er hofft und annimmt, daß er einmal in Deutschland

## die Monarchie wieder aufrichten

wird. Wir aber wollen überhaupt keine persönliche Spitze, die unabhängig zu einem persönlichen Regiment ausbilden könnte, sondern verlangen ein Reichskollegium. Wir wissen, daß unser Antrag abgelehnt werden wird, haben ihn aber gestellt, um unserer Pflicht zu genügen.

## Abg. Dr. Abt (Dem.):

Wir müssen einen Präsidenten haben, der nicht etwa zu einer Dekoration, zu einer Buppe wird, sondern eine Figur von Kraft und Mark darstellt. Gerade aus demokratischen Grundgedanken heraus müssen wir einen Präsidenten haben, der ein starkes Kontrollorgan für den Reichstag ist. Die Zeiten der Monarchie sind bei uns ein für allemal vorbei.

Abg. Dr. Anard (Soz.): Die Rechte hat hier wieder in sehr ungeschöner Weise ihren

## Das gegen jeden Aufstieg der Volksmehrheit

in leitende Stellungen zum Ausdruck bringen lassen. Haases Einwände gegen einen Reichspräsidenten waren nur Verlegenheitswände. Gerade die Unabhängigen begünstigen mit ihrer dauernden Empfehlung der Diktatur die Autoritätsherrschaft. (Zuruf bei den N. Soz.) Sie haben ja ihren eigenen Pistolen nicht mehr getraut und versucht, Kollas Kanonen zu bekommen. Ein Dualismus zwischen dem Reichstag und dem Reichspräsidenten ist wohl ausgeschlossen.

Nachdem Abg. Heintze (D. Sp.) für Beibehaltung des Reichspräsidenten eingetreten ist und Abg. Siehe (Dem.) gegen den Antrag der Deutschen Nationalen gesprochen hat, wird die Besprechung geschlossen. Die Abstimmung wird erst am Sonnabend erfolgen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 9 Uhr. (Weiterberatung der Verfassung.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

# Groß-Berlin

Rednerkursus. Sonnabend, 5. Juli, abends 6 Uhr im Konferenzsaal der Vorwärtsredaktion.

## Die Preise der billigen Lebensmittel.

Der Reichsernährungsminister hat folgenden Erlaß an die Kreisämter, Kommunalverbände und Gemeinden gerichtet:

Um die Absichten, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden sind, zur toffen Durchführung zu bringen, bedarf es einer bereitwilligen Mitarbeit der Gemeinden und Kommunalverbände. Die Preisbildung ist in der Weise erfolgt, daß den Kommunalverbänden die Ware zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt wird. Es muß nunmehr dafür gesorgt werden, daß nicht Zuschläge von Zwischenhändlern und Zwischenhandel genommen werden, welche die Absicht der Verbilligung teilweise unwirksam machen.

Auf Grund dessen wird folgendes bestimmt:

Die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände haben für die ausländischen Lebensmittel, insoweit die Preise nicht mit den bereits geltenden Kleinverkaufshöchstpreisen für inländische Lebensmittel übereinstimmen, örtliche Kleinverkaufshöchstpreise festzusetzen. Hierbei wird die Beachtung folgender Grundsätze dringend empfohlen:

Bei Weiz: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 3,30 M. je Kilogramm; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhandlers zusammen je Kilogramm 20 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel höchstens 30 Pf. je Kilogramm. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 2 M.

Bei Dillensfrüchten: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 2 M. je Kilogramm; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhandlers zusammen je 20 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel höchstens 30 Pf. je Kilogramm. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 1,25 M.

Bei Mehl: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 1,30 M. je Kilogramm; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhandlers zusammen 20 bis höchstens 20 Pfennig; Zuschlag für den Kleinhandel 14 bis höchstens 16 Pf. je Kilogramm. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von 82 bis höchstens 84 Pf.

Für Fleisch und Speck sind die gemäß den Richtlinien der Reichsstelle aufgestellten Kalkulationen zu Grunde zu legen. Sie werden in der Regel ermäßigt, daß in kleineren und mittleren Städten das Fleisch, welches zu 7,50 M. je Kilogramm abgegeben wird, zu 9 M. je Kilogramm in den Verbrauch abgegeben werden kann, in größeren Städten, insbesondere wenn Vorkfleisch hinzukommt, zu höchstens 9,50 M. je Kilogramm. — Bei Speck, welcher zu 6,80 M. je Kilogramm abgegeben wird, wird der Verkaufspreis im Kleinhandel überall mit 8 M. je Kilogramm ausreichend bemessen sein. Für Speisefett, welches zu 9 M. je Kilogramm abgegeben wird, sind höchstens die Zuschläge zu berechnen, welche durch die Reichsstelle (Verordnung vom 11. 9. 1918 und Ausführungsbestimmungen vom 20. 9. 1918 und 25. 10. 1918) zulässig sind.

Rondensmilch, welche zu 1,50 M. je Büchse abgegeben wird, wird zu 1,80 M. in den Verbrauch gegeben werden können.

Bei ausländischen Kartoffeln, bei welchen für alte Kartoffeln der Abgabepreis an den Kommunalverband 20 Pf. je Pfund und Frühkartoffeln 30 Pf. je Pfund beträgt, sind die Zuschläge für Gemeinde und Handel nach denselben Grundsätzen zu berechnen, nach denen am 1. Juli diejenigen für Inlandskartoffeln berechnet wurden. Wo bisher Marktpreise für ausländische und inländische Kartoffeln bestanden, hat eine entsprechende Ermäßigung einzutreten.

Bei den Kommunalverbänden und Gemeinden dürfen Heberträge aus der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel nicht erzielt werden.



**Lessing-Theater**  
Sommerplatz: H. Sternberg.  
Gastspiel Guido Thielscher:  
8 Uhr: Charleys Tante.  
**Deutsches Künstler-Theater**  
8 Uhr:  
Max Adalbert u. Kurt Götz in:  
Die Rutschbahn.  
**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr:  
Auch ich war ein Jüngling...  
(Schwank).  
**Kammerspiele**  
Allabendlich 8 Uhr:  
Leopoldine Konstantin in:  
Das Weib u. der Hampelmann.  
**Theater des Westens**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Mia Werber und Hans Wassermann in Die Geisha.  
**Theater l. d. Königgrätzerstraße**  
7 1/2 Uhr: Der Häuptling.  
**Komödienhaus**  
Lucie Höflich u. Ludw. Hartau  
8: Liselott von der Pfalz.  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.  
**Central-Theater**  
Kommandantenstraße 57.  
7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Cavalleria rusticana.  
Hier: Schwätzer, Saragossa.  
**Friedr.-Wilhelms-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Der Dämon**  
**Kleines Theater**  
7 1/2 Uhr:  
Unterm Baume der Erkenntnis  
Komische Oper  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
**Kunstspielhaus**  
7 1/2 Uhr: So ein Mädel.  
**Metropol-Theater**  
7 Uhr 20: Die Faschingsfee.  
**Neues Operettenhaus**  
7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.  
**Palast-Theater**  
7 1/2 Uhr: Weinende Erben.  
Oper in 3 Akt v. R. Danziger.  
Schiller-Theat. Charl.  
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: Jungler Sonnenschein  
Th. am Nollendorfplatz  
3 1/2 Uhr: Die Schleichhändler.  
7 1/2 Uhr: Die Puppe.  
Theater d. Friedrichstadt  
8 Uhr: So eine Frechheit.  
Versicherung gegen Einbruch.  
Ein Pottabend.  
**Waller-Theater**  
7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

**APOLLO**  
Friedrichstraße 218  
Dir.: James Klein  
7 1/4 Sonntag 7 1/2  
Letzter Gastspiel-Monat  
der Gesellschaft  
Anton  
**Herrnfeld**  
mit der neuesten  
Schlager-Burleske  
Nur nicht  
schießen  
Vorh. Spezialitäten!  
Sonnt. 1/2, d. Er wächst  
1 Kind frei!

**Kaffee Zielka**  
(Equitable)  
Friedrichstraße 99/100, Ecke  
Leipziger Straße

Jeden Abend:  
**Serenissimus**  
**Hyronimus XVI.**  
mit seinem 180719  
Hohnarschaft Kindermann  
die Höchstleistung unter-  
haltender Komik, und die  
übrigen Attraktionen.  
**Billard-Wettspiele**  
Rosendiele 80 Billard

**Central-Park**  
am Bf. Friedrichstr.  
**Schleifenbahn**  
Figur-8-Bahn  
Berg- und Talbahn  
**Taifun-Rad**  
! Hippodrom-Noblesse!  
Wertags ab 4, Sonnt. 3 U.

**Luisen-Theater.**  
7 1/2: Wenn Frauen lieben  
Sonntag 3 Uhr:  
Ein glücklich. Familienvater  
Täglich:  
**Wenn Frauen lieben.**  
**Residenz-Theater.**  
Untergrund, Klosterstraße,  
Ausgang Stralauer Straße.  
Täglich 8 Uhr. Zum 175. Male:  
**Das höhere Leben.**  
Schauspiel von Sudermann.  
Sonntag 4 U.: **Gespenster.**

**Trianon-Theater.**  
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391  
Tägl. 8 U. Heute z. 300. Male:  
**Der gute Ruf**  
von Hermann Sudermann.  
Sonntag 4 Uhr:  
**Johannistfeuer.**  
**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Zum 1. Male!  
O schöne Zeit, o selige Zeit  
7 1/2 Uhr Gartenbühne:  
Das sieht sich jeder an.  
Vorher Konzert u. Spezialität.  
**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
Die Frau des Debutanten.

**National-Theater**  
8 Uhr Sturm, Erfolg 8 Uhr  
**Famille Hannemann.**  
**Berliner Prater**  
7 1/2 Rottentwiler 7 1/2  
Täglich:  
**12 Varieté-Attraktionen**  
In der Zony-Ball.  
Diese täglich:  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Winter-Garten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Varieté-Spielplan**  
Rauchen gestattet!

**MARMOR HAUS**  
Kurfürstendamm 236  
Direktion  
Siegbert Goldschmidt

Der Roman  
einer  
Geheim-  
agentin  
**IKARUS**  
in  
6 Akten  
mit  
Esther Carena  
Ernst Hofmann  
Regie:  
Karl Froelich.  
Außerdem:  
Geheimnisvolle  
Gewalten  
in  
der  
Hauptrolle  
**FERN ANDRA**  
Eine  
psycho-  
logische  
Studie  
in 4 Akten  
Dieser Film war bis-  
her von der Zensur  
verboten.  
4 6 15 8 30

**Theater a. Kottbus-Tor**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
9 ehem. Mitgl. der  
Stettiner Sänger  
Humor, Spielplan  
Sommerpreise!  
Blüthen-Konzert!

**Prinzeß-Theater**  
Kanistraße 163 a. Zoo  
**Das Geheimnis  
von Mayerling**  
(Die Tragödie des  
Kronprinzen Rudolf)  
500 645 830

**Volksbühne Theater**  
a. Bülowplatz  
Sommerdirektion: Heinrich Neft.  
Heute und folgende Tage:  
**Der heilige Florian**  
Satire von Neal und Welchand.  
Hauptdarsteller: Grete Bäck, Steffi Roman, Poldi  
Kühne, Fritz Friedrich, Hans Felix, Guido Herzfeld,  
Julius Sachs, Max Zilzer, Heinz Hilpert, Arnold  
Stange, Hans Werder u. a. m.

**Oberbaumbrücke-Falckensteiner.**  
Son der  
tägl. außer Sonnabends Dampfverfahrten  
nach **Waltersdorfer Schleufe**  
und **Neu-Heringsdorf.**  
Abf. Sonnt. 8 U. vorm. und 2 1/2 U. nachm.  
Wochentags nur 9 Uhr vorm. 13129  
Reederer Kleck, Falckensteinerstr. 48. Teleph. Rorinal. 8197.

**SPREE-HAVEL**  
Stern  
**DAMPFSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT**  
**Ferien-Dampferfahrten**  
Ab Berlin, Jannowbrücke (m. Anlagen am Schleißchen Tor),  
täglich 9 und 12 Uhr nach **Waltersdorfer Schleufe**  
(außer Sonnabends-Nachm.) Abfahrt an Sonntagen 8 u. 9 Uhr.  
Jeden Montag und Donnerstag 8 Uhr nach **Teupitz.**  
Ab **Potsdam** (Eisenbahn-Hotel): 3 Uhr nachmittags,  
jeb. Montag, Mittwoch, Freitag nach **Barth** (Rundf. um Potsd.),  
jeb. Dienstag und Donnerstag nach **Glinde** (Rundf. um Glinde).

**Unterhaltungs-Restaurant**  
**Wien-Berlin**  
Jägerstr. 63 a.  
Hugo Just | Martin Löwe  
Franz Jungmann | Georg Gau  
? Vettori ?  
**Kapelle Gustav Gottschalk**  
Gute Küche - Gute Weine.  
Anfang 7 Uhr **Eintritt frei.**

**Tomndorf**  
Berlin SW, Unter den Eichen 56  
Ab 1 Uhr mittags geöffnet!  
**Kaffee-Diele / Bar**  
abends erstangiger Restaurationsbetrieb  
**Nachmittag- u. Abend-Konzerte**  
Kapellen: Uchmann und Willy Neuter  
Schauspieler: Kgl. Hof-Sommergarten  
Konzert: Blumen-Schmidt-Berlin  
Geleitleitung: Landwehr-Bezirks  
O. d. Arno Tomndorf

**Rennen**  
zu **Berlin-Grünwald**  
(Rennen des Hamburger Rennklub)  
3. Tag: Sonnabend, den 5. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr  
7 Rennen, u. a.:  
**Deutsches Derby 125 000 M.**  
Verkehrsverbindungen:  
Vorortzüge bis Bahnhof Rennbahn, Untergrundbahn  
bis Bahnhof Reichskanzlerplatz, Straßenbahnen D  
und U bis Bahnhof Heerstraße etc.

**Reichsh.-Theater**  
Gastspiel d. berühmten  
Öcöbener  
**Victoria-Säng.**  
Sollig neues  
Vergnügen.  
L. S. Wieder-  
aufleben d. Stettiner Sänger.

**Admirals-Palast.**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Sonntags 3 u. 7 Uhr  
Die neuen Ballette  
**Im Gespensterloß**  
Wieder Walter  
außerdem  
**Tanz-Revue**

**Admirals-Kino.**  
**Das Buch Esther.**  
Der Weiberfeld.

**Wichtig für jede Frau!**  
Berlangen Sie kostenlos  
Sufendung der Broschüre  
**„Zur Aufklärung für  
verheiratete Frauen“**  
in verschlossenen Umschlag von  
E. Schmeider, Frankfurt a. M. 7  
Gartenstraße 85, 13737

**Möbel**  
**Beiser,**  
Lutherer Straße 67  
liefert gegen bar  
und Teilzahlung  
zu mäßigen Preisen  
Bürgerliche  
Wohnungseinrichtungen  
**Wohnzimmer,  
Schlafzimmer,  
Speisezimmer,  
Herrenzimmer**  
in großer Auswahl.

Sie finden  
**Möbel**  
sowie ganz  
Böhmische-Einrichtungen,  
jardige Rüden u. m.  
gegen bar  
wie bekannt, gut, dauerhaft  
und preiswert bei  
**Carl**  
**Barthel,**  
Zandorfer Straße 54.  
- Teilzahlung gestattet. -  
Gegründet 1870

**Reklame**  
Druckerei  
**Buchdruckerei Rund**  
Pallasadenstr. 103  
Anfertigung sämtl.  
Drucksachen

**Buchhandlung Vorwärts**  
G. m. b. H.  
Berlin SW. 88, Lindenstraße 3

Eine  
grundlegende Schritt  
des Sozialismus:  
**Friedrich Engels,**  
Die Entwicklung  
des Sozialismus  
von der Utopie  
zur Wissenschaft  
6. Auflage. Mk. 2,-

Geöffnet von 8-6 Uhr.  
Besonders vorteilhaftes  
**Möbel-Angebot!**  
**Speisezimmer** | **Herrenzimmer**  
1 Büfett Eiche | 1 Bibliothek  
1 Kredenz " | 1 Schreibtisch  
1 Ausziehtisch " | 1 runder Tisch  
6 Stühle " | 1 Schreibstessel  
2 Stühle " | 2 Stühle  
Mark: 2850, 3750, 4500 etc. | Mark: 2450, 3650, 4875 etc.  
**Schlafzimmer**  
1 Schrank mit Spiegel, Eiche  
1 Waschtollette mit Spiegel und Marmor  
2 Nachtschränke mit Marmor  
2 Bettstellen  
2 Patentböden  
2 Steilige Aufgematratten mit Keilkissen  
2 Stühle  
1 Handtuchhalter  
M. 1875, 2650, 2950, 3875 etc.  
**Ständig große Ausstellung**  
von ca. 300  
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,  
Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.  
Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessel.  
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen  
= einfacher, mittlerer und eleganter Art =  
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.  
Lombard-Bankgeschäft und Lagerspeicherei  
**M. Schlewinsky & Co.**  
Berlin C, Dircksenstr. 31  
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

**Preußische Klassenlotterie**  
Ziehung der 1. Kl.: 14. u. 15. Juli  
468 000 Lose mit 214 000 Gewinnen und  
2 Prämien, verteilt in 5 Klassen, im Gesamtwert von  
**72 Millionen 426 000 Mark**  
Lose zur 1. Klasse: 373 774  
1/6 1/4 1/2 3/4 und  
**5.25 10.50 21.- 42.- M.** Postgeb.  
**Kröger** Preuss. Lotterie Berlin  
Einnehmer  
Friedrichstr. 192/193 a. d. Leipziger Straße  
Postcheckkonto Berlin 31065

**Möbel**  
in großer Auswahl und  
guter Ausführung auf  
**Bar oder Kredit.**  
**Möbel-Gross**  
Große Frankfurter Straße 141,  
Invalidenstr. 8, Eing. Ackerstraße.

**MULCUTO EXTRA!**  
D. R. W.-Z.  
Nr. 128 078  
Der beste  
Rasier-  
Apparat  
der Welt.  
Der neue elektro-  
magnetische  
handhohlgeschl.  
Rasier-Apparat  
spart viel Zeit  
und Geld!  
Tausende  
Anerkennungen!  
Die Klängen haben  
von Kriegsbeginn  
an bis jetzt benutzt  
werden können. Ein  
sehr gut. Ergebnis.  
Scholz, Gen.-Major  
Kdr. 12. Res.-L-Brig.  
15. Res.-Div.  
1915 bezog ich ein  
Mulcuto-Extra mit  
1 Klinge. Ich habe  
mich während der 3  
Jahre im Felde mit  
dieser einen Klinge  
rasiert ohne daß  
dieselbe bis jetzt  
an Schärfe ver-  
loren hat.  
Kerb, Zahnteilmeister,  
Charlottenburg,  
Sophie-Charlotten-  
Straße 21.  
Bei Verwendung dieses  
handhohlgeschliffenen, stets  
gebrauchstüchtigen Apparats  
mit unbegrenzter Garantie  
ist jede  
Quälerei mit stumpfen  
oder kratzenden Klängen  
ausgeschlossen!  
Versilb. Apparat mit Halter  
z. Schärfe in Etui Nr. 1 M. 10.  
Versilb. Apparat mit Halter  
zum Schärfe, echter Leder-  
streichriemen in Etui Nr. 61  
und Rasierseife M. 20.-  
Vollst. Rasierzeug: Apparat  
m. Halter z. Schärfe, Seife,  
Schale, Pinsel und Riemen  
in Etui Nr. 201 M. 30.-  
Unbegrenzt. Garantieschein  
bei jedem Apparat.  
Versand täglich durch die  
bedeutendste Spezialfabrik  
für handhohlgeschliffene  
garantiert. Rasier-Apparate  
„MULCUTO“ Rasier-  
messer-Fabrik SOLINGEN.  
Gesenschniede und Hohl-  
schleiferei.  
Wiederverkäufer gesucht.

**KURT WOLFF VERLAG**  
**GENIUS**  
1919  
Der erste Halbjahres-  
band ist erschienen  
Subskriptionspreis M. 25.-  
(sonst M. 28.-)  
Der zweite Halbjahresband  
erscheint im Herbst  
Ein in sich abgeschlossenes  
Dokument von Kunst, Geist  
und Dichtung unserer Zeit  
Zur Ansicht in allen Buchhandlungen  
Prospekte kostenfrei

Im gegenwärtigen Augenblick von  
aktueller Bedeutung:  
**Parvus Die Verstaatlichung der  
Banken und der Sozialismus**  
Preis kartoniert 3 M., gebunden 4,50 M.  
In diesem Neudruck seines Buches  
führt Parvus den Beweis, daß die  
Verstaatlichung der Banken nicht  
nur geeignet ist, das Wirtschaftsleben  
erheblich zu fördern, sondern auch  
zum mächtigen Hebel des Wieder-  
aufbaues unseres Wirtschaftslebens  
zu werden.  
Die erste Auflage war in kurzer Zeit vergriffen.  
Wir empfehlen, rasch zu bestellen.  
**Verlag für Sozialwissenschaft**  
BERLIN SW 68, Lindenstraße 114.

**Hanns Heinz Ewers**  
**Alraune**  
erreichte trotz Verbot  
**2 0 0 0 0**  
Auflage  
Gehftet M. 8.-, gebunden M. 10.-  
10% Buchhandlungszuschlag  
Zu beziehen durch jede Buchhandlung  
**Georg Müller Verlag**  
München, Elisabethstr. 26

**Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie**  
Ziehung 1. Klasse 15. und 16. Juli 1919  
1/6 1/4 1/2 3/4 Lose  
**5.25 10.50 21.- 42.-** Mark und Porto  
Preuß. Lotterie-Einnehmer  
**Hugo Richter,** Berlin N 24, Friedrichstr. 130  
**Warnung vor Zuzug nach Bremen.**  
Die Wohnungsmiet in Bremen dauert unermesslich lang  
es wird daher vor Zuzug dringend gewarnt. Die große Zahl  
der Wohnungslosen in Bremen macht es zudem für jeden zu  
gehören - einrielt ab Ruf- oder Handarbeiter - ausschließlich  
hier Arbeit zu finden.  
Wer dringend hierher zieht, fesselt sich der Gefahr aus, werde  
Obwohl nach Arbeit zu finden.  
Bremen, den 4. Juni 1919.

**Das Wohnungs- und Siedlungsamt.**  
**ZIGARREN**  
pro Mille von 650 Mark an  
gibt in großen und kleineren Posten ab  
Echter **Schnupftabak** Päckch. 35 Pfg.  
Schmalzer  
**Zigarren-Engros-Haus Neukölln**  
Neukölln, Schlakestraße 4-5.

**Holländische Matjesheringe**  
**Lachsheringe**  
**Sardinen**  
liefert waggonweise 7/14  
**J. J. van der Zwan & Zonen,**  
Reederel, Rüscherel,  
Berling- u. Fischhandel  
**Scheveningen (Holland)**  
Telegr.-Adr. Jarwazon. Gegründet 1892.

# Der Verkehrsstreik.

## Die Verhandlungen beim Vollzugsrat.

Wir erfahren: Gestern nachmittags um 2 Uhr begannen die Einigungs-Verhandlungen mit den Straßenbahnern im Gebäude des Vollzugsrates. Zugegen waren Vertreter des Arbeitgeberverbandes, der Arbeitnehmer, des Reichsarbeitsamtes und des Vollzugsrates. Oberbürgermeister Bernuth hatte als seinen Vertreter den Stadtrat Dr. Sedt entsandt, da er durch eine Sitzung in der gleichen Angelegenheit und zur selben Zeit im Rathaus gebunden war. Den Vorsitz führte Genosse Vrolat (S. P. D.).

Der erste Redner, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Vaurat Otto, erkannte die Bemühungen des Vollzugsrates, eine Einigung herbeizuführen, mit warmen Worten an und erklärte, daß die Arbeitgeber der Einladung zu Verhandlungen gern Folge geleistet hätten. Die Arbeitgeber könnten keine Zugeständnisse machen. Der Hauptausschuß hätte in seinem Schiedsspruch zugunsten der Arbeitgeber entschieden und dem mühten sich mit Zug und Recht die Arbeitnehmer fügen. Da sie es nicht getan haben, sondern in den Streik getreten sind, so liegt offensichtlich ein Tarifbruch seitens der Arbeitnehmer vor. Die Arbeitgeber würden sich dem Schiedsspruch des Hauptausschusses gefügt haben, auch wenn er zu Ungunsten gelautet hätte. — Wegmann (U. S. P.) erklärt zu Gunsten der Arbeitnehmer, daß weiteres Verhandeln überflüssig sei, wenn die Unternehmer daran fehlteilten, keine Zugeständnisse zu machen. — Ein anderer Arbeitgebervertreter fordert trotzdem offene Aussprache, um dem Vollzugsrat ein möglichst klares, wahrheitsgemäßes Bild von der Gesamtlage zu geben. — Wegmann (U. S. P.) bemerkt, daß man aus dem Zugeständnis der Unternehmer, daß sie sich dem Schiedsspruch des Hauptausschusses gefügt hätten, auch wenn er sie zur Zahlung von Entschädigungssummen verpflichtet hätte, die Folgerung ziehen müßte, daß sie tatsächlich auch in der Lage seien, diese Entschädigungssummen zu zahlen, entgegen ihrer Behauptung, sie könnten dies auf keinen Fall tun. Es sei dringend notwendig, daß beide Teile nachgäben, daß die Unternehmer sich verpflichten, eine gewisse Entschädigungssumme zu zahlen, die Arbeiter ihre Forderungen dagegen ermäßigten.

Stadtrat Dr. Sedt erklärt, daß sich der Standpunkt des Oberbürgermeisters im wesentlichen mit dem der Regierung in dieser Frage decke. Die Lebensmittel sollen ab Montag im Preise sinken und zwar so, daß pro Kopf eine Wundersgabe von 6 R. pro Woche herauskommt, für eine dreiköpfige Familie 20 R. pro Woche, auf das Jahr umgerechnet 1000 R. Dies sei die Höchstgrenze der möglichen Zugeständnisse.

Nach den Besprechungen der Parteien unter sich, gaben die Arbeitgeber folgende Erklärung als ihr endgültiges Angebot ab:

1. Die Arbeitnehmer nehmen die Arbeit wieder auf.
2. Die Arbeitgeber erklären sich damit einverstanden, daß mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnisse der Streik schon jetzt erneut dem Hauptausschuß, der den Schiedsspruch vom 24. Juni gefaßt hat, unterbreitet wird.
3. Beide Parteien erklären sich bereit, ein etwa neu zu fällendes Urteil des Hauptausschusses als endgültig bindend anzuerkennen.

Nachdem die Arbeitnehmervertreter sich zu einer längeren Besprechung über den Einigungsvorschlag der Arbeitgeber zurückgezogen hatten, machten sie in der weiteren Verhandlung folgenden Änderungsvorschlag: Die Arbeitnehmer beanspruchten das Recht, ihre Vertreter zum Hauptausschuß neu zu wählen. Ferner wollen sie sich nicht dazu verstehen, die Entscheidung des Hauptausschusses von vornherein als endgültig bindend anzuerkennen, sondern erklärten sich bereit, ihren Mandatgebern die Annahme des Spruches des Hauptausschusses zu empfehlen. Schließlich wünschten sie eine Vereinbarung dahin, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden soll, sobald die Verhandlungen erledigt sind.

Nach 7stündiger Dauer wurden die Verhandlungen vor dem Vollzugsrat um 12 Uhr abends resultatlos beendet. Eine Einigung wurde zwischen den Parteien nur darüber erzielt, daß der Hauptausschuß schon jetzt abends darüber entscheiden soll, ob die von den Arbeitnehmern geforderte Entschädigungssumme gezahlt werden soll. Dagegen konnte eine Einigung über den Termin der Wiederaufnahme der Arbeit nicht erzielt werden. Die Arbeitgeber verlangten sofortige Wiederaufnahme, während die Arbeitnehmer darauf beharrten, die Arbeit erst dann wieder aufnehmen zu wollen, wenn der Hauptausschuß gesprochen hat. Auch beharrten die Arbeitnehmer auf ihrem Standpunkt, daß sie die Entscheidung des Hauptausschusses nicht ohne weiteres als bindend anerkennen, sondern sich nur verpflichten wollen, die Annahme des Spruches des Arbeitnehmern zu empfehlen. Im Laufe der Verhandlungen wurden von den Arbeitgebern vorgeschlagen, daß der Hauptausschuß am 22. d. M. zusammenzutreten solle. Im Gegenzug dazu verlangten die Arbeitnehmer den sofortigen Zusammentritt des Hauptausschusses. Die Sachlage ist nun die, daß zufolge des erzielten Einverständnisses der beiden Parteien der Hauptausschuß nuncmehr die Möglichkeit hat, sofort zusammenzutreten, um über die Frage der Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe sofort erneut zu verhandeln. Nach einer Nachrichtenstelle kann man annehmen, daß bei der Wichtigkeit der Sache der Hauptausschuß unverzüglich, vielleicht am Sonnabend oder Sonntag die Verhandlungen wieder aufnimmt.

## Tatsachen zum Streikabbruch der technischen und Bureauangestellten der Großen Berliner Straßenbahn.

Die Ortsgruppe Berlin des Verbandes der Bureauangestellten schreibt uns in Vertretung der von W. B. bereiteten Meldung über den Streikabbruch: In der Versammlung der technischen und kaufmännischen Bureauangestellten am Donnerstag wurde der Bericht des Angestelltenausschusses sowie der zur Zentralstreikleitung delegierten Kollegen entgegengenommen. Durch einen Kollegen des Angestelltenausschusses, der als Vertreter in der Zentralstreikleitung fungierte, wurde einwandfrei festgestellt, daß auch innerhalb der Zentralstreikleitung nicht das geringste Politische zum Vorschein kam.

Der Syndikus Dr. Moser, welcher in der Diskussion den Versuch machte, den Angestellten Vertragsbruch des übrigen Personals nachzuweisen, mußte sich darauf hinweisen lassen, daß er doch bei Abschluß des Vertrages mitgewirkt habe und es bedauerlich wäre, wenn die Große Berliner Straßenbahn bei der Anzahl der Juristen, die ihr zur Verfügung standen, sich der Tragweite des Vertrages in Punkt 21 und 22 nicht bewußt waren. Außerdem haben die Bureau- und technischen Angestellten keinerlei Anteil an diesem Vertrag und die Gewerkschaften, Verband der Bureauangestellten, Bund der technischen Angestellten und Weimern, haben den Streik der Kollegen sowie der Arbeiter nur mit der Mahnung sanktioniert, daß die Arbeiterkraft nicht vor Ablauf des Lohnprovisoriums, 20. Juni, in den Streik trete. Die Gewerkschaften konnten also einen Vertragsbruch nicht erblicken. Daß die Kollegen dem Antrag des Syndikus auf Abbruch des Streiks bzw. der Zulassung dieses Antrages überhaupt stattgaben, sei bedauerlich, umso mehr dieser Herr Syndikus doch nicht als gleichgestellter Angestellter, sondern mehr als Vertreter der Gr. Berl. Straßenbahn zu betrachten sei. Bei der Abstimmung über den Eintritt in den Streik hatten sich beteiligt 888, davon für den Streik 268, dagegen 78, enthalten 12. Bei der Frage des Streikabbruchs stimmten 257, davon für Abbruch 104, für Fortsetzung 149, 4 Stimmen ungenügend, somit nur eine Minorität von 23 Stimmen für die verlangte Zweidrittelmehrheit. Diese Minorität ist gewissermaßen zurückzuführen, daß an der Abstimmung 101 Personen nicht beteiligt waren, wohl architektonische Kollegen von den Bahnhöfen, die abwesend waren. Die Gewerkschaftsführer erklärten, die Weiterführung des Streiks mit Rücksicht auf das Stimmenergebnis nicht zulässig zu können, da sie befürchteten, daß ein großer Teil der Kollegen den eventuell Weiterstreikenden in den Rücken fallen würde. Die Versammlung beschloß zum Ausdruck, daß sie nicht die berufene Instanz sei, den

Arbeiter Vertragsbruch zu unterscheiden, vielmehr müßte dies erst einwandfrei aufgeklärt werden, und brachte in einer Resolution zum Ausdruck, daß eine weitere Fortsetzung des Streiks ohne Einfluß ist auf den Verlauf des Gesamtstreiks. Sie beschloßen, die Arbeit am Freitag, den 4. Juli, wieder aufzunehmen und sprechen den Streikenden nach wie vor volle Sympathie aus.

## Bei den Eisenbahnern.

Am Freitag vormittag fand eine Sitzung der Eisenbahnarbeiter- und Beamtenräte des Direktionsbezirks Berlin statt. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine neue Sitzung einzuberufen, an der die Vertreter aller Organisationen teilnehmen sollen und in der man Klarheit schaffen will über folgende Fragen: Entlassung der überflüssigen Arbeitskräfte bei der Staatseisenbahn; Rentabilität des Eisenbahnwesens; Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Maßnahmen, den kommunizistischen Flugblättern und den Verdrehern derselben (Verbandsfunktionäre und Arbeiterräte) sowie die Stellung der Organisationen zu wilden Streiks.

## Streiksolidarität der U. S. P. D.

Die streikenden Straßenbahner erhoffen von den Unabhängigen nicht nur Sympathie, sondern auch aktive Solidarität. Als bemerkenswerteste Äußerung würden sie selbstverständlich die Einstellung des ausbühlerischen Personenverkehrs durch Wagen ansehen. Wie verhalten sich die Unabhängigen dazu? Unabhängige Vertrauensleute und Arbeiterräte in Großbetrieben sind es, die von der Direktion die Voreinstellung von Wagen zur Arbeiterbeförderung während des Verkehrsstreiks fordern. Hauptsächlich lernen die Straßenbahner nun den Unterschied zwischen solidarischem Mitheldentum und praktischer Solidarität der Unabhängigen einsehen.

## Verhärfung des Frankfurter Streiks.

Frankfurt a. M., 8. Juli. Die Stilllegung des Zugverkehrs ist seit 7 Uhr abends weiter fortgeschritten und wird strenger durchgeführt als tagsüber.

## Eisenbahnerstreik auch in Hannover.

Hannover, 4. Juli. Bei der heute unter den hiesigen Eisenbahnarbeitern in den Betriebsverwaltungen erfolgten Abstimmung wurden 3713 Stimmen für, 2466 gegen den Streik abgegeben; 136 Stimmzettel waren unbeschrieben. Die Arbeitsniederlegung soll von heute abends sechs Uhr an beginnen.

## Emonts geflüchtet.

Der bekannte Führer der Bankbeamten Emonts, der bekanntlich vor einigen Tagen verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt worden ist, ist gestern nachmittags geflüchtet. Emonts hatte von der Staatsanwaltschaft die Genehmigung erhalten, an den Sitzungen des Schlichtungsausschusses in den Tarifverhandlungen der Banken und Bankbeamten teilzunehmen. So nahm Emonts auch am gestrigen Freitag an der Sitzung teil und entfernte sich plötzlich aus dem Saal, ohne dorthin wieder zurückzukehren. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß Emonts geflüchtet ist.

Der Verteidiger Emonts, Rechtsanwalt Dr. Halperi, hat zugleich im Namen seines Mitverteidigers Dr. Theodor Diebknacht sofort folgende Eingabe an das Justizministerium gemacht:

In der Strafsache gegen Emonts ist mir bekannt, daß das Justizministerium sich mit der Verhaftungsfrage befaßt hat, wenn ich auch den Namen des Delinquenten nicht angeben darf. Daher fühle ich mich verpflichtet, das, was ich soeben erfahren habe, sofort dem Justizministerium zur Kenntnis zu bringen: Als heute Freunde dem Herrn Emonts eine kleine Wein zum Zwecke der Stärkung übergeben wollten, wurden sie von den Transporteuren mit Recht darauf hingewiesen, daß zur Entgegennahme die Genehmigung des Gefängnisdirektors erforderlich wäre. Infolgedessen haben sich die betreffenden Herren an das Untersuchungsgefängnis gemeldet und dort die merkwürdige Auskunft erhalten, daß Emonts in den nächsten Tagen in das besetzte Gebiet nach Köln abtransportiert werden würde. Als Emonts diese offen im Untersuchungsgefängnis abgegebene Erklärung überbracht erhielt, hat er, um jedem Abtransport ins besetzte Gebiet zu begegnen und einer Auslieferung an hies. Gefangennahme durch die Engländer, die ihn schon längst suchen, vorzubeugen, es seinerseits vorgezogen, sich aus eigener Initiative in Sicherheit zu bringen. Wie ich ferner höre, ist Emonts jederzeit bereit, sich freiwillig zu stellen, sobald er seitens der Regierung die bindende Forderung erhält, daß er nach dem besetzten Gebiet nicht abtransportiert wird und damit der Gefahr der Gefangennahme durch die Engländer nicht ausgesetzt werden würde. Emonts verbindet mit seiner Flucht nicht den Zweck, sich dem zuständigen Richter zu entziehen. Seine Flucht ist eine vorbeugende Maßnahme gegen die ihm mitgeteilte behördliche Maßnahme, welche die Kompetenz des deutschen Richters zugunsten des englischen Kriegsgerichts ausschaltet und Emonts der Gefahr des englischen Standrechts auf Gnade und Ungnade aussetzen würde.

Daß die Absicht, Emonts den Engländern auszuliefern, an irgend einer verantwortlichen Stelle besteht, klagt derartig unmaßgeblich und wäre derart frivol, daß wir nicht daran glauben können. In jedem Falle bedarf die Angelegenheit dringend der Aufklärung.

B. L. E. meldet: Die Veröffentlichung des Emonts Briefes wird fälschlich der Staatsanwaltschaft zugeschrieben. Es versteht sich, wie uns mitgeteilt wird, von selbst, daß die Staatsanwaltschaft oder irgendeine richterliche Instanz mit der Veröffentlichung dieses Briefes nichts zu tun hat.

Die Strafkammer hat die von Emonts eingelegte Beschwerde gegen seine Verhaftung abgelehnt.

## Die Bankbeamten zur Verhaftung Emonts.

Die am 2. Juli im Plenarsitzungsaal des Herrenhauses tagende Vertrauensmännerversammlung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten stellt zur Verhaftung des Kollegen Emonts folgendes fest:

1. Die politische Tätigkeit des Kollegen Emonts hat mit der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit des Verbandes nichts zu tun. Die Verbandstätigkeit werden nach wie vor ihre Arbeitnehmerinteressen zur Geltung bringen, ohne auf politische Bevormundung Rücksicht zu nehmen, in der Erkenntnis, daß für die Verbandstätigkeit einzig und allein die rein wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder maßgebend sind, und daß über die anzuwendenden Mittel einzeln und allein die Stimmen der Mitglieder entscheiden müssen.

2. Der Generalstreik im April und seine Ausbreitung auf das Reich ist nicht durch Emonts herbeigeführt worden. Vielmehr haben die Berliner Bankangestellten, nachdem die Großbanken die Leistung von Streikarbeit zu Gunsten der Darmschäfer Bank verlangten, einmütig den Streik beschlossen, dessen technische Leitung und Durchführung vollständig in Händen der aus Angestellten aller Institute zusammengesetzten Streikleitung gelegen hat.

3. Die Vertrauensleute lehnen es ab, in ein abweichendes Verfahren einzugreifen, für sie gibt es keinen Fall Emonts. Die Vertrauensmännerversammlung gibt ihrer Ueberzeugung dahin

Ausdruck, daß Emonts hoch über den Verdacht erhaben ist, irgend eine ehrenrührige Handlung begangen zu haben. In der Anerkennung der großen Dienste, die Emonts der Bankbeamtenbewegung als Führer von außergewöhnlicher Befähigung und nie verjüngender Arbeitskraft geleistet hat, ist sich die Versammlung einig.

4. Bis zur gerichtlichen Entscheidung und Klarstellung der Angelegenheit ergeht daher der Ruf an die gesamte gewerkschaftlich denkende Kollegenchaft, ruhigen Sinn zu bewahren, den gelben Hausvereinslern mit aller Energie ihr schmutziges Handwerk zu legen und jetzt erst recht allen politischen Unkenrufen zum Trotz fest zusammenzustehen für kraftvolle Wahrnehmung der Bankbeamteninteressen.

Die Versammlung drückt ihre Verwunderung darüber aus, daß die Anklagebehörde ganz im Gegensatz zu der sonstigen Geflorenheit, die sie zur Zurückhaltung der geheimen Voruntersuchung verpflichtet, einen Vorstoß gegen den Beschuldigten durch teilweise Veröffentlichung seines Briefes unternommen hat und glaubt, dieses ganz außergewöhnliche Verhalten auf Bestrebungen von interessierter Seite zurückzuführen zu sollen.

## Ganze Kompagnie kehrt!

### Ein taktischer Rückzug.

In der Freitagmorgen Ausgabe der „Freiheit“ leitet der Vorsitzende der U. S. P. Arbeiterräte den Rückzug der Unabhängigen in der Frage des Boykotts der Freiwilligenverbände ein. Die Freiwilligen, die in der unklüglichen und niederträchtigen Weise von den „echten Revolutionären“ beschimpft, als Ausfäule behandelt, mit Schmutz beworfen und begelstert wurden, sollen nun auf einmal mit sanfteren Manieren behandelt werden. Der Artikel liebt sich, gemessen an der bisherigen Haltung der Unabhängigen, wie eine Veröhnungspredigt. In der heutigen Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins, in der der Antrag auf Aufhebung des Boykottsbeschlusses gegen die Freiwilligen behandelt werden wird, ist zu erwarten, daß diese milde Stimmung in einen entsprechenden Beschluß ausmünden wird.

Die gerissenen Wölfe hängen sich sehr plötzlich ein zahmes Schaflein um, weil die veränderte politische Situation sie zwingt, sich bei den so schwer beleidigten Liebkind zu machen. Dieser waren die Freiwilligen der Schutz der republikanischen Freiheiten und es lag den Demagogen auf der äußersten Linken daran, Unruhe und Unsicherheit in ihre Reihen zu pflanzen und damit den Sicherheitswert der Truppen herabzusetzen.

Jetzt glauben sie zu einer radikalen Schwärzung kommen zu müssen, um gewissen Teilen der Freiwilligentruppen den Weg zur allein folgenschweren Partei zu öffnen und sie als revolutionäres Rückbeil zu fassen. Infolge des Friedensvertrages muß bekanntlich an eine Verminderung der Reichswehrtruppen gedacht werden. Ein Teil der Soldaten wird dadurch ins bürgerliche Leben zurückkehren. Diese bisher mit idyllischem Haß Verfolgten sollen nun plötzlich veröhmt werden. Die Äußerungen wüthender Feindschaft ihnen gegenüber sollen nun sanften Schmeicheleien Platz machen, und man wird versuchen, die Freiwilligen zu überzeugen — der Artikel beginnt bereits damit — daß die Unabhängigen schon immer mit leidenschaftlicher Schlichtheit für das Wohl der bisher von ihnen Gesehten eingetreten sind.

Die Rechnung wird falsch sein. Denn noch den eifersüchtigen Anwürfen, die sich jene Soldaten für ihre schwere Pflichterfüllung von den Unabhängigen gefallen lassen mußten, werden sie um eine eindeutige Antwort gegenüber denen, die sich jetzt in ihr Vertrauen einheucheln wollen, nicht verlegen sein. Daran wird auch der Erfolg des jetzt versuchten taktischen Rückzugs scheitern.

Die Drahtzieher in der politischen Leitung der Unabhängigen brauchen williges Stimm- und Aktionsvieh. Sie haben schon eine hübsche Herde beisammen. Die noch nicht offiziell ausgesprochene Einladung an die Freiwilligen, sich an jene anzuschließen, werden die Freiwilligen richtig zu beantworten wissen.

## Sie rücken ab.

In einem Abdruck aus den „Hamburger Nachrichten“ erzählt die „Freiheit“ freudestrahlend:

„Die (Hamburger) Volkswehr wird in auswärtigen Zeitungsberichten mit der Berliner Volks-Marine-Division identifiziert. Die Mitglieder der Volkswehr legen auf das härteste Wertung dagegen ein. Sie arbeiten fast ohne Ruhepause seit Tagen für die Entwaffnung unverantwortlicher Elemente.“

Demnach scheint das Ehrgefühl der Hamburger Volkswehr sich dagegen zu wehren, daß sie mit der Berliner Volks-Marine-Division auf eine Stufe gestellt wird, und die „Freiheit“ unterstreicht diese berechtigte Empörung der Hamburger.

## Ausschreitungen in Hamm.

Hamm (Westf.), 4. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages kam es auch hier zu Plünderungen. Auf dem Wochenmarkt sammelte sich eine sehr erregte Menschenmenge an. Zu Ausschreitungen kam es jedoch hierbei nicht. Nachmittags plünderte eine Anzahl Matrosen ein Waffengeschäft. Die Polizei, die dies verhindern wollte, wurde entwaffnet und mehrere Beamte mißhandelt. Darauf zog die Menge zu dem Kaufhaus Gebrüder Knöbber und raubte dieses sowie mehrere andere Konsumwarengeschäfte aus. Auch das Gefängnis wurde gestürmt und 80 Gefangene daraus befreit. Von den Plünderern wurden 17 Mann verhaftet, mehrere Personen wurden verwundet. Abends 9 Uhr zogen Regierungstruppen ein.

## Milderung des Belagerungszustandes in Hamburg.

Hamburg, 4. Juli. Infolge des ruhigen Verhaltens des größten Teiles der Einwohnerchaft ist von seiten des Korps Lettow-Verbeke vom 5. Juli abends ab für das Gebiet des Belagerungszustandes von Groß-Hamburg und Umgebung das Verbot des nächtlichen Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Plätzen aufgehoben und die Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt worden.

## Hilfe für die Kriegsgefangenen.

### 150 Millionen Reichszuschuß.

Berlin, 4. Juli. Um den Kriegsgefangenen, die so schweres erduldet, bei ihrem Uebertritt in das bürgerliche Leben eine Hilfe zu leisten, hat die Reichsregierung beschlossen, 150 Millionen Mark auf Antrag des Reichsministers der Finanzen zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag erhält die Kriegsgefangenen-Heimkehr, eine sich über ganz Deutschland und bis in die kleinsten Orte sich erstreckende Organisation, als Reichszuschuß zu ihren eigenen durch Sammelthatigkeit aufgebrachten Mitteln, um sie in zweckmäßiger Weise hilfswürdigen, heimkehrenden Kriegsgefangenen nutzbar zu machen, insbesondere durch Beschaffung von Arbeitskleidung und Arbeitsgerät.

# Gewerkschaftsbewegung

## Regelung von oben!

In nachstehendem kurzen Artikel tritt ein Leser unseres Blattes mit Rücksicht auf die schwierigen Ernährungsverhältnisse für einen möglichst Ausgleich der Lohn- und Lohnsummen durch die Regierung ein. Wir halten die Regelung dieser Frage für ein Aufgabengebiet der Gewerkschaften. Gleichwohl geben wir die Anregungen, schon weil sie eines bestimmten allgemeinen Interesses nicht entbehren, wieder.

Die gegenwärtigen Verhältnisse zeigen uns, wie notwendig es ist, daß die Gehaltsregelungen nicht von einzelnen Gruppen und Branchen, sondern von einer eigens dafür geschaffenen Stelle, sagen wir einmal vom Arbeitsministerium, vorgenommen werden. Es geht nicht an, daß einzelne Berufsgruppen hohe Löhne durch Streiks auf Kosten ihrer Mitbürger durchsetzen. Um es kurz zu sagen: Die Löhne aller Arbeiter und Angestellten müssen möglichst gleichmäßig sein, damit alle in der Lage sind, relativ gleiche Lebensbedingungen für sich zu schaffen. Bezieht z. B. die eine Gruppe Gehälter und Löhne von 700 bis 800 M. monatlich, während die andere nur 300 bis 400 M. erhält, so entsteht ein Mißverhältnis, wie man es sich schimmer gar nicht denken kann. Die Gruppe mit hohen Löhnen nämlich kommt dadurch in die Lage, der zweiten Gruppe hochwertige Rohstoffe (Gett, Fleisch, Hülsenfrüchte, Kakao usw.), die ja leider immer noch knapp sind, die aber in ausreichenden Mengen durch den Schleichhandel bezogen werden können, vor der Nase wegzulassen. Die bevorstehende Einfuhr wird ja die Preise bedeutend senken und schließlich auch mit dem Schleichhandel, der hauptsächlich Begleiter der letzten Kriegsjahre radikal aufräumen. Eine gewisse Warenknappheit und die dadurch bedingte Teuerung wird trotzdem vorläufig bestehen bleiben, und darum muß von einer besonderen Stelle regelnd auf die Gehälter und Löhne im ganzen Reich hingewirkt werden. Da an den einzelnen Orten die Verhältnisse ganz verschieden sind, so müssen Unterabteilungen — sagen wir einmal von den wirtschaftlichen Arbeiterräten — gebildet werden, die sich bei allen schwerwiegenden Entscheidungen mit ihren Kollegen im Arbeitsministerium ins Einvernehmen zu setzen haben. Letzteres ist bei der allgemeinen Ueberflut der Lage am besten geeignet, endgültig zu entscheiden und die Arbeitsschichten drauhen durchzusetzen. Daß sie im Verhältnis zur Allgemeinheit nicht zu kurz kommen. Die Löhne und Gehälter müssen im Durchschnitt so sein, daß keiner Rot zu leiden braucht. Bei diesem Punkte möchte ich darauf hinweisen, daß mehr wie bisher auf die Kopfgeld der einzelnen Familien Rücksicht genommen wird. Bisher wurde ja jeder Familienzuwachs als Segen nicht nur für die Familie, sondern für die ganze Nation betrachtet. Soll es für die Folge nicht mehr so sein? In vielen Berufsgruppen wird auf die Kinderzahl der Familie gar keine Rücksicht genommen. Mann und Frau können bei einem Monatsgehalt von 400—500 M. vielleicht gut auskommen, während eine Familie mit vier bis fünf oder sechs unermüdeten bzw. schulpflichtigen Kindern, die in der gleichen Teuerungzone wohnt, dies nicht kann. Ferner muß darauf hingewirkt werden, daß die Unterschiede zwischen den Gehältern der „unteren“, „mittleren“ und „oberen“ Beamten nicht so groß sind. Jeder hat sein Vestes für Staat und Allgemeinheit zu tun, der eine mit dem Gehirn, der andere mit den Händen. Bisher hatte ja nicht jeder fähige Gelegenheit, sich empor zu arbeiten; dies wird mit der Einheitslohnregel anders werden. Uebrigens werden in der Folgezeit die Unterschiede zwischen Hand- und Kopfarbeitern immer mehr verschwinden, wenn jeder weiß, daß er an der richtigen Stelle zum Nutzen der Allgemeinheit steht. Wollen wir aber ohne große Erschütterungen in

den wirklich sozialistischen Staat gelangen, so muß neben dem Worte: „Sozialismus“ recht groß das Wort: „Solidarität“ stehen. Jeder gebe hinfort sein Vestes, nicht nur für die engeren Berufsgenossen, sondern, wenn es sein muß, für die Allgemeinheit, für den Staat.

## Die Bankangestellten ein Opfer politischer Treibereien?

Aus Bankangestelltenkreisen wird uns geschrieben: Während durch die Revolution in allen Schichten der Bevölkerung sich freiere Bestrebungen bemerkbar machten, haben Teile von Angestellten und Kapitalisten im Bankgewerbe gemeinsam versucht, den letzten Rest gewerkschaftlicher Organisation zu zertrümmern. Die erst nach den Revolutionstagen von 1918 gegründeten, auf Seiten der Arbeitgeber stehenden Hausorganisationen unter Führung des Bundes der Beamten der Deutschen Bank haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, und zwar in dem Augenblick, da vor dem Schlichtungsausschuß die Tarifverhandlungen stattfanden, um so der gewerkschaftlichen Bankbeamtenorganisation die moralische Kraft zu entziehen, und die bei jeder Abstimmung entscheidende Stimme des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses zu beeinflussen. Daß dieser Zusammenschluß der Hausorganisationen gerade jetzt möglich war, nachdem die Bankleitungen in einem Tarifentwurf, den sie den gegenwärtigen Verhandlungen zugrunde legen, und in welchem sie dem beehrten, selbständig arbeitenden, banktechnisch vorgebildeten Beamten als Gesamteinkommen — also einschließlich Teuerungszulagen, Lantienem u. dergl. m. — im Alter von 30 Jahren ein Monatsgehalt von etwa 425 M. anbieten, beweist, daß die Bankbeamten aus den reichlichen Erfahrungen, die die Handarbeiter bereits vor dem Kriege gesammelt haben, auch gar nichts zu lernen vermochten. Um so bedauerlicher ist es, daß ein Geschäftsführer der einzigen gewerkschaftlichen Organisation, diese durch seine politischen Umtriebe zur Ohnmacht verdammt, und so die Bankbeamten der kapitalistischen Welt für reiflos auslieferte.

Gerade die gegenwärtige Zeit hätte es den Bankbeamten ermöglicht, sich als einen Nachbatter zu zeigen und sich als Deutsche zu beweisen, wie es die Arbeiter im Rheinlande durch ihren Proteststreik gegen die kapitalistisch-meritalen Vortrennungsbestrebungen im Rheinlande in so vorbildlicher Weise, selbst unter dem Druck der Besatzungstruppen, getan haben. Amerikanische Banken sollen sich mit der Absicht tragen, in Deutschland und speziell in Berlin Niederlassungen und Depostentkassen in solch großer Zahl einzurichten, daß der Betrieb derselben ohne viele gelernte deutsche Bankbeamten zur glatten Unmöglichkeit wird. Eine einheitsliche Organisation und der Wille, sich vom deutschen, noch weniger aber vom ausländischen Kapital ausnützen zu lassen, mühte für die Bankbeamenschaft das Gebot der Stunde sein.

## Parteinachrichten.

### Kreiswählergebnisse in Bayern.

Nach der amtlichen Feststellung erhielten bei den Kreiswahlen für den Regierungsbezirk Mittelfranken von 300083 abgegebenen gültigen Stimmen die Mehrheitssozialisten 111114, Bayerische Volkspartei 47260, Bayerischer Bauernbund 3511, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 44448, Deutsche Demokratische Partei 79234, Bayerische Mittelpartei und Bund der Landwirte 73289 Stimmen. Es erhält die Sozialdemokratische Mehrheitspartei 9, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 4, Bayerische Volkspartei 4, Deutsche Demokratische Partei 7, Bayerische Mittelpartei und Bauernbund 6 Sitze. 13 Sozialdemokraten stehen also 17 Bürgerlichen gegenüber.

Die Kreiswahlen für den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg ergaben nach einer vorläufigen amtlichen Zählung für

Bayerische Volkspartei 120401, Bayerischer Bauernbund 65565, Sozialdemokratie 57457, Deutsche Demokratische Partei 26182, Unabhängige Sozialdemokratie 10783 Stimmen. Die Zahl der Sitze verteilt sich wie folgt: Bayerische Volkspartei 13, Bauernbund 7, Sozialdemokratie 6, Deutsche Demokratische Partei 3, Unabhängige Sozialdemokratie 1.

Unser schwebendes Parteiblatt schreibt zu dem Resultat: Das Ergebnis ist für die Mehrheitssozialdemokratie ein sehr günstiges zu nennen, wenn man die widrigen Umstände mit in Betracht zieht, unter denen gerade unsere Partei bei dieser Wahl zu leiden hatte. Unsere Genossen in Stadt und Land haben, wie der Wahlausfall beweist, ihre volle Pflicht getan, besonders auf dem Lande hat unsere Stimmenzahl sich in erfreulicher Höhe gehalten.

### Freunde von links.

Die unabhängige „Neukliche Tribüne“, Geta, bringt in ihrer Nummer vom 4. Juli folgende Notiz:

### Eine kommunistische Substanz.

Die diesige Filiale der kommunistischen Partei hat gestern ein von Lügen strotzendes Flugblatt verbreiten lassen. Wir lehnen es grundsätzlich ab, auf dieses plumpe Machwerk auch nur mit einem Wort einzugehen — wir überlassen es dem gesunden und objektiven Verstand des Geraer Proletariats, über eine derartige Kampfmethode selbst das Urteil zu fällen. Der erregte Ton in obigen Zeilen läßt darauf schließen, daß die Geraer Kommunisten von ihren unabhängigen Freunden keine hohe Meinung haben.

Die Parteitagdelegation Ed. Bernstein. Der Wohlfahrtsverein der S. P. D. in Berlin-Schöneberg hat folgende Resolution einstimmig angenommen: „Auf dem Parteitag ist von einer Seite behauptet worden, der Kreis Testow-Beckow hätte den Genossen Ed. Bernstein nicht als Referenten zum Parteitag geschickt, wenn er gewußt hätte, was Bernstein in seinem Referat über auswärtige Politik sagen würde. Wir Schöneberger Genossen stellen fest, daß wir den Genossen Bernstein gerade darum der Kreisgeneralversammlung von Testow-Beckow als Referenten vorgeschlagen haben, weil wir aus seinen vorangegangenen Darlegungen wußten, welche Stellung er zur Frage der auswärtigen Politik einnimmt und weil wir der Ansicht sind, daß für die Verkündung der Wahrheit, wie der einzelne sie auch ansetzt, auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der rechte Ort ist.“

„Volkstimme“ für Gotha. Für den Freistaat Gotha und angrenzende Gebiete erscheint seit dem 1. Juli unter dem Titel „Volkstimme“ ein Tagesorgan für die Sozialdemokratische Partei. Es wird durch das neue Organ unsere Parteianhängerschaft sich fortan wieder mehr Geltung verschaffen können.

## Jugendveranstaltungen.

Die Konferenz der Abteilungsleiter fällt wegen der Verkehrsschwierigkeiten aus.

Schöneberg. Morgen: Wanderung Freibad Bahndorf. — 8. Juli: Mitgliederversammlung im Augustbeim, Rubensstraße. — 11. Juli: Volkstänze (Heim). — 13. Juli: Nachtwanderung nach dem Spreewald.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmittag: Bis Sonntag mittig mäßig warm, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden, teilweise Gewitter.

Verantwortlich für Politik: Ernst Jäger, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Gluck, Berlin. Verlag: Bornhorts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Verlag und Verlagsanstalt Emil Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 2. Hierzu 1 Beilage.

# A. Jandorf & Co

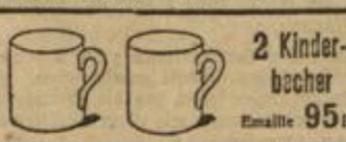
Beile-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

## Wirtschafts-Artikel

- 4 Kleiderbügel ..... 95 Pf.
- 1 Abstäuber ..... 95 Pf.
- 1 Ausklopfer ..... 95 Pf.
- 1 Glanzbürste ..... 95 Pf.
- 1 Scheuerbürste ..... 95 Pf.
- 1 Fleischbrett ..... 95 Pf.
- 1 Frühstücksbrett ..... 95 Pf.
- 6 Ausstechformen ..... 95 Pf.
- 1 Esslöffel ..... 95 Pf.
- 2 Teelöffel ..... 95 Pf.
- 1 Küchenmesser ..... 95 Pf.
- 2 Scheibengardinenstangen ..... 95 Pf.
- 1 Messerkasten ..... 95 Pf.
- 1 Paket Stahlspähne ..... 95 Pf.
- 1 Schneeschläger ..... 95 Pf.
- 1 Gebäckkasten ..... 95 Pf.
- 1 Gazeglocke ..... 95 Pf.
- 1 Möbelpinsel ..... 95 Pf.

## Schreibwaren

- 100 Bogen Brotpapier ..... 95 Pf.
- 2 Rollen Toilet papier ..... 95 Pf.
- 50 Bogen Briefpapier ..... 95 Pf.
- 1 Briefblock Quartformat 100 Blatt ..... 95 Pf.
- 50 Hanf-Umschläge ..... 95 Pf.
- 10 Meter Küchenkante ..... 95 Pf.
- 50 Kartenbriefe ..... 95 Pf.
- 25 Berliner Ansichtskarten und Gravüren gemischt ..... 95 Pf.
- 1 Tafeltuch ca. 100x120 cm ..... 95 Pf.
- 1 Tischläufer ..... 95 Pf.
- 25 Mundtücher Stickerei-Muster ..... 95 Pf.



- 2 Kinderbecher Emaille ..... 95 Pf.
- 1 Tasse mit Untertasse Golddekor Porzellan ..... 95 Pf.
- 1 Senfgefäß ..... 95 Pf.

## Porzellan

- 1 Abendbroteller ..... 95 Pf.
- 2 Kompotteller ..... 95 Pf.
- 1 Tasse verschiedene Formen ..... 95 Pf.
- 1 Zuckerdose reich dekoriert ..... 95 Pf.
- 1 Kaffeebecher dekoriert ..... 95 Pf.
- 8 Fliegenteller ..... 95 Pf.
- 5 Fliegenfänger ..... 95 Pf.
- 6 Pakete Blitzblank ..... 95 Pf.
- 4 Pakete Tearkopfwäsche ..... 95 Pf.
- 1 Flasche Mundwasser ..... 95 Pf.
- 1 Dose Zahnpulver ..... 95 Pf.
- 1 Nagelpollerstein ..... 95 Pf.
- 1 Zahnbürste ..... 95 Pf.
- 1 Handwaschbürste ..... 95 Pf.
- 3 Rastierklingen ..... 95 Pf.
- 1 Brennscheere ..... 95 Pf.
- 1 Briefftasche ..... 95 Pf.
- 1 Bilderrahmen ..... 95 Pf.

## Parfümerien

- 1 Sand- oder Seifenbehälter ..... 95 Pf.
- 1 Küchenskonsol ..... 95 Pf.
- 1 Kompottschale reich Fruchtdekor. Porzellan ..... 95 Pf.
- 1 Maschinentopf Emaille ..... 95 Pf.
- 1 Kompotteller Diamantmuster ..... 95 Pf.
- 1 Zuckerdose sortierte Formen weiß Porzellan ..... 95 Pf.
- 1 Milchtopf ..... 95 Pf.



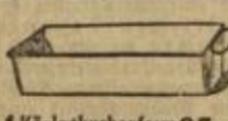
- 2 Essig- od. Oelflaschen verschiedene Formen ..... 95 Pf.
- 4 Eierbecher Zuckermuster Porzellan ..... 95 Pf.



- 1 Tasse mit Untertasse und Rand ..... 95 Pf.



- 2 Honiggläser ..... 95 Pf.



- 1 Königskuchenform ..... 95 Pf.



- 3 Wassergläser ..... 95 Pf.



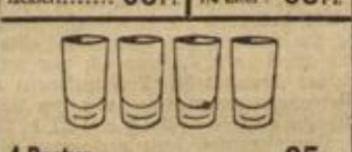
- 2 Milchöpfe Porzellan, hübsche Muster ..... 95 Pf.



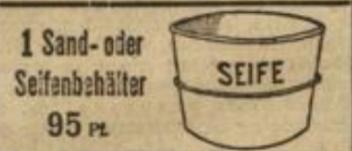
- 1 Platte oval, sortierte Größen, Porzellan ..... 95 Pf.



- 1 Vorratsbüchse lackiert ..... 95 Pf.
- 1 Bierseldel 1/4 Liter ..... 95 Pf.



- 4 Becher ..... 95 Pf.



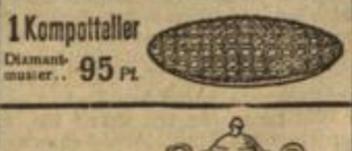
- 1 Sand- oder Seifenbehälter ..... 95 Pf.



- 1 Küchenskonsol ..... 95 Pf.



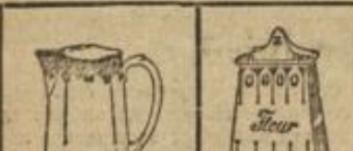
- 1 Kompottschale reich Fruchtdekor. Porzellan ..... 95 Pf.



- 1 Maschinentopf Emaille ..... 95 Pf.



- 1 Kompotteller Diamantmuster ..... 95 Pf.



- 1 Milchtopf m. breiter Rosenschaube, Porzellan ..... 95 Pf.
- 1 Vorratsstonne ..... 95 Pf.



- 8 Eierbecher weiß Porzellan ..... 95 Pf.



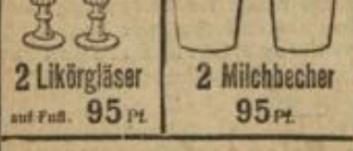
- 1 Salatschüssel weiß Porzellan ..... 95 Pf.



- 1 Aermelplättchen ..... 95 Pf.



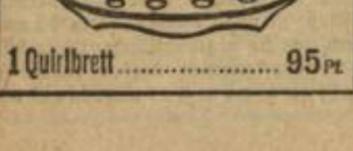
- 1 Kindertasse mit Untertasse und Bild, Porzellan ..... 95 Pf.



- 2 Likörgläser auf Fuß ..... 95 Pf.
- 2 Milchbecher ..... 95 Pf.



- 1 Kompottschüssel in verschiedenen Formen ..... 95 Pf.



- 1 Quilrbrett ..... 95 Pf.